

Umlaufgesicherte Komplementärwährungen

Gelingen und Scheitern in der Praxis

Tobias Schneegans
Zeuthen, Januar 2003

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einführung	3
2 Probleme des gegenwärtigen Geldsystems	6
2.1 Problemfeld Zins	6
2.1.1 Wer zahlt Zinsen?	7
2.1.2 Zinsbedingte Einkommensumschichtung	9
2.1.3 Folgen der Einkommensumschichtung	12
2.2 Problemfeld Spekulationen	13
2.2.1 Warum nehmen Währungsspekulationen zu?	14
2.2.2 Auswirkungen der Währungsspekulationen	15
2.3 Folgerungen aus den Problemen des gegenwärtigen Geldsystems	17
3 Komplementärwährungen – Verschiedene Modelle	18
3.1 Komplementärwährungen ohne Umlaufsicherung	19
3.1.1 Tauschringe und Bartergesellschaften	19
3.1.2 Regionale Entwicklungswährungen	20
3.2 Komplementärwährungen mit Umlaufsicherung	23
4 Theoretische Grundlagen des Freigeldes	24
4.1 Silvio Gesell – Begründer der Freiwirtschaftslehre	24
4.2 Geldreform	25
4.3 Bodenreform	27
4.4 Durch Freigeld und Freiland zu Freihandel und Freiwirtschaft	28
4.5 Weiterentwicklung des Freigeldmodells bis zur Gegenwart	29
4.6 Kritik und offene Fragen zum Freigeld	31
5 Freigeldexperimente in den 20er und 30er Jahren	34
5.1 Deutschland: Schwanenkirchen	34
5.2 Österreich: Wörgl	38
5.2.1 Rahmenbedingungen und Konzeption	38
5.2.2 Umsetzung des Experiments	39
5.2.3 Verbot und Beendigung des Experiments	44
5.2.4 Fakten und Zahlen zum Experiment von Wörgl	44

5.2.5	Grenzen des Experiments	45
5.3	Amerikanische Depressionswährungen	46
5.4	Versuche in der Schweiz und in Frankreich	47
5.5	Nachzügler der 50er Jahre	49
5.6	„Versunkene“ Experimente	52
6	Freigeldexperimente in der Gegenwart	54
6.1	Guatemala: Cabricán	54
6.1.1	Rahmenbedingungen	55
6.1.2	Zielsetzung und Gestaltung	56
6.1.3	Vergleich mit Wörgl	57
6.1.4	Abbruch der Vorbereitungen	58
6.2	Nigeria	58
6.3	Indien	59
6.4	Deutschland: Bremer Roland	60
7	Freiwirtschaftliche Geldexperimente – Gründe für ihr Scheitern	62
7.1	Technische Gründe	62
7.2	Juristische Gründe	63
7.3	Scheitern am gesellschaftlichen Kontext	64
8	Zusammenfassung und Ausblick	65
	Literaturverzeichnis	68
	Anhang: Umfrage zur Akzeptanz des Wörgler Schwundgeldes	72

„Lang ist der Weg durch Lehren, kurz
und wirksam der durch Beispiele.“
Seneca¹

1 Einführung

„Aller Dinge Inbegriff aber ist das Geld“, schrieb Spinoza (Spinoza 1975: 370). Daß Geld die Welt regiert, weiß der Volksmund schon lange. Aber wie vollbringt unser Geld dieses Regierungswunder, das Politikern nur selten zu gelingen scheint? Welche Funktionen sollte das Geld in der Wirtschaft erfüllen, welche besser nicht? Lassen sich Gesetzmäßigkeiten erkennen, die Politiker beachten sollten? Die Wirtschaftswissenschaften geben auf diese Fragen keine eindeutige Auskunft. Erschwert werden die Antworten auch dadurch, daß geldtheoretische Fragen sehr häufig in politische Debatten eingebunden sind. Geld und Moral sind nicht immer klar zu trennen.

Der oben zitierte Satz von Spinoza steht in seiner „Ethik“. Auch die erste ausgearbeitete Theorie des Geldes findet sich in einem Text zur Ethik: bei Aristoteles. Die aristotelische Ethik fragt nicht nur nach dem richtigen Handeln, sie versucht auch zu erklären, wie die verschiedenen Handlungen in der Gesellschaft koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Aristoteles sieht im Geld eine soziale Funktion (Aristoteles 1983: 130 ff.). Durch Kauf und Verkauf bringen die Tauschpartner ihre verschiedenen Bedürfnisse und arbeitsteiligen Tätigkeiten in einen Ausgleich. Das Geld koordiniert diese Tätigkeiten über die Güterpreise. Es waren die Schwierigkeiten, einen Tauschpartner zu finden, die zur Verwendung von Geld führten. Der Naturaltausch ist mit erheblichen Such- und Transaktionskosten verbunden. Die Institution „Geld“ entspringt nach Aristoteles einer ökonomischen Zweckmäßigkeit: der Senkung von Transaktionskosten.

Die Erklärung des Geldes durch die Senkung der Transaktionskosten hat jedoch eine Schwierigkeit: Kosten müssen in einer Geldeinheit gemessen werden. Man setzt hier schon auf gewisse Weise Geld voraus, um Geld erklären zu können. Geld ist also nicht nur *Tauschmittel*, es dient auch als *Rechnungseinheit*.

¹ Seneca 1987, S. 94.

Wer aber legt diese Einheit fest? Eine Theorie von Bernhard Laum besagt, Geld als Wertmaß sei im Umkreis der griechischen Tempel bei Opferhandlungen entstanden (Laum 1924). Opfergaben waren vorwiegend Rinder (vgl. lat. *pecunia* = Geld von *pecus* = Vieh). An die Stelle lebender Rinder traten später Goldsymbole, aus denen sich schließlich Münzen mit geprägter Gewichtsangabe entwickelten. Das auf die Münzen geprägte Zeichen trennte sich später vom Metall als Träger und wurde zur Banknote, zum Papiergeld. Zwar gab es schon zu Zeiten der Metallwährungen allgemeine Preissteigerungen, wie die „Große Elisabethanische Inflation“ (1530-1650), die eine Folge des Goldzuflusses aus der Neuen Welt war, doch erst die Möglichkeiten des Papiergeldes verlockten Regierungen, Staatseinnahmen durch die bloße Betätigung der Druckerpresse zu erzielen. Das Wunder, durch bloße Geldschöpfung ein Land reich zu machen, entpuppte sich jedoch als Illusion.

Die theoretische Konsequenz aus diesen Erfahrungen war die Formulierung der wohl bekanntesten Geldtheorie, der Quantitätstheorie. Diese Theorie besagt, daß das allgemeine Preisniveau ursächlich durch das Verhältnis von umlaufender Geldmenge zum Volumen der verkauften Güter bestimmt ist.

Heute besitzen fast alle Länder Zentralbanken mit einem Monopol der Geldausgabe. Der Monetarismus – die wirtschaftspolitische Form der Quantitätstheorie – schreibt deshalb den Zentralbanken die Hauptverantwortung für die Preisniveaustabilität zu. Die Zentralbanken, so fordert der Monetarismus, sollen die Expansion der Geldmenge dem langfristigen realen Wirtschaftswachstum anpassen und sich strikt an selbstgesteckte Geldmengenziele halten („Regelbindung“). Um der Versuchung zu entgehen, Staatsausgaben durch Geldschöpfung zu finanzieren, billigt man den Zentralbanken ein hohes Maß an Autonomie zu. Heute erinnern deshalb die Zentralbankpräsidenten – wie Alan Greenspan in den USA – beinahe wieder an Tempelpriester aus den frühen Tagen des Opfergeldes. In der Praxis ist man allerdings von der strikten Regelbindung vielfach abgewichen. Otmar Issing vom EZB-Direktorium nennt dies „pragmatischen Monetarismus“ (Issing 1994: 1).

Der Monetarismus steht jedoch vor einem Problem: Durch eine restriktive Geldpolitik kann eine Inflation gebremst werden: Steigende Leitzinsen, festgesetzt durch die Zentralbanken, erhöhen das allgemeine Zinsniveau und verteuern Kredite. Die Investitionen und der durch Kredite finanzierte Konsum gehen zurück, die Gesamtnachfrage sinkt und damit auch das Preisniveau. Prekärer

Nebeneffekt der Inflationsbekämpfung ist in der Regel ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Weit komplizierter ist aber die umgekehrte Situation: ein allgemeiner Preisverfall. „Man kann die Pferde zügeln, wie aber bringt man sie dazu, an der Tränke zu saufen?“ (Milton Friedman)²

Wenn die Zinssätze bereits nahe Null sind (wie in Japan seit der 97er Krise), versagt die geldpolitische Stimulierung der Wirtschaft (vgl. BIZ 2002a: 89). Diese Erfahrung, in der Weltwirtschaftskrise schon einmal gemacht, veranlaßten den englischen Ökonomen John Maynard Keynes in den 30er Jahren zur Formulierung seiner alternativen Geldtheorie. Keynes lehnte die Quantitätstheorie des Geldes ab. Sein Gegenargument beruht auf einer Geldfunktion, die im Monetarismus kaum eine Rolle spielt: Geld als Liquidität (Keynes 2000: 195). Geld bewahrt nominal seinen Wert; es ist ein *Wertaufbewahrungsmittel* (Vermögensspeicher).

Eine innovative Wirtschaft schafft immer wieder Unsicherheit für alle Wirtschaftssubjekte. Geld stellt als Liquidität eine Art Versicherung dar. Um in einem unsicheren Umfeld liquide zu bleiben, wird deshalb Geld gehortet. Und wer auf Liquidität verzichtet, verlangt dafür einen Zins, der wiederum auf die realen Investitionen zurückwirkt. Keynes betonte als Motiv für das Horten von Geld besonders die Spekulation (Keynes 2000: 143 ff.). Wer spekuliert, muß kurzfristig über große Geldbeträge verfügen können. Diese Geldbeträge, auf Girokonten oder als Tagesgelder gehortet, können heute in kürzester Zeit weltweit dorthin transferiert werden, wo Spekulationsgewinne erwartet werden. Keynes nannte Geld, das für diese Zwecke gehortet wird, die „Spekulationskasse“; sie hat in der Gegenwart global eine schwindelerregende Höhe erreicht (vgl. Abschnitt 2.2).

Die zu spekulativen Zwecken weltweit gehorteten Gelder können sehr kurzfristig auf den Märkten auftauchen und wieder verschwinden. Die Interventionen der Zentralbanken sind gegen derartige Finanzmassen weitgehend wirkungslos. Damit hat die monetaristische These, daß die Geldmenge ausschließlich durch die Zentralbanken gesteuert wird, auf globalisierten Finanzmärkten viel von ihrer Glaubwürdigkeit verloren.

Neue Entwicklungen lassen auch den Ruf nach neuen Theorien wach werden. Eine wichtige Inspirationsquelle für alternative Vorschläge ist der 1930 verstorbene Begründer der „Freiwirtschaftslehre“ Silvio Gesell. Gesell sah im

² Zitiert in Brodbeck 2000.

Geldzins die Quelle allen Übels: Der Zins belastet die Wirtschaft, stört den Preismechanismus und schafft leistungsloses Einkommen. Geld soll vor allem dem Tausch dienen. Wer es hortet, um einen Zins zu erzielen, muß bestraft werden. Gesell fordert deshalb, Geld regelmäßig zu entwerten – ein Anreiz, es möglichst rasch auszugeben. Auf diese Weise will er die dritte der drei Geldfunktionen *Tauschmittel*, *Rechnungseinheit* und *Wertaufbewahrungsmittel* beschränkt wissen. Keynes hat die Theorie von Gesell wohlwollend kommentiert, schlug aber andere Lösungen vor (vgl. Abschnitt 4.6).

Während Wissenschaft und Politik ihren Streit pflegen und Entscheidungen vertagen, haben beherzte Menschen die Nagelprobe angepackt: Sie druckten Geld nach dem Gesell'schen Muster und brachten es als Alternativwährung in Umlauf. Hier wird nun gefragt: Bewährt sich Gesells „Freigeld“ in der Praxis? Wo liegen die Schwächen dieses Systems? Bietet Freiwirtschaft tatsächlich eine tragfähige Alternative? Doch zuerst soll im folgenden Abschnitt die Kritik der Freiwirtschaftslehre am vorhandenen Währungssystem nachvollzogen werden.

2 Probleme des gegenwärtigen Geldsystems

Die Liste der Probleme, die von der Freiwirtschaftslehre mit unserem Währungssystem in Zusammenhang gebracht wird, ist lang. Sie reicht vom Dilemma der kaum beherrschbaren Geldmengensteuerung und den schleichen- den Umverteilungsprozessen durch Inflation, über die überproportionale Zunahme der Verschuldung von Unternehmen, Staat und Dritter Welt bis hin zu der systemimmanent steigenden Arbeitslosigkeit und ökologischem Raubbau. Creutz hat die Zusammenhänge zwischen den globalen wirtschaftlichen Problemen und dem derzeitigen Geldsystem eingehend analysiert (Creutz 1997, Teil III). Hier sollen exemplarisch nur zwei Aspekte vertieft werden, welche die inhärente Labilität des heutigen Währungssystems verdeutlichen: Zins und Spekulation.

2.1 Problemfeld Zins

Das Wort „Zins“ (von lat. census = Steuerliste, Vermögen) im Sinne von Abgabe, Tribut tritt erst im späten Mittelalter an die Seite des altgermanischen „Wuchers“ (= Frucht, Nachwuchs, Gewinn; vgl. Etymologie 1989: 819, 832).

„Wucher“ steht im Ursprung für jede Art von (Zins-)Gewinn und war bis zur Christianisierung nicht negativ belegt. Wie jedoch in allen anderen großen monotheistischen Religionen wurde auch im Christentum jegliches Zinsnehmen verdammt. Lietaer stellte eine eindrucksvolle Liste der Konzile zusammen, auf denen „jegliche Zinszahlung auf Geld“ als Wucher explizit mit Exkommunikation bedroht wurde (Lietaer 1999: 130 f.). Im 19. Jahrhundert gerieten diese Grundsätze zunehmend in Vergessenheit, und heute wird Wucher lediglich als die Berechnung überhöhter Zinsen verstanden.

Was ist Zins? Allgemein gilt Zins als ein Preis für den Verleih von Geld, oder genauer: Er ist die an die Leihzeit gekoppelte Prämie für die Aufgabe der Vorteile, die mit dem Geldbesitz verbunden sind (Creutz 1997: 56). Keynes definierte Zins in seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ treffend als „Belohnung für die Aufgabe der Liquidität“ (Keynes 2000, S. 141). Das heißt, der Zins ist das Mittel, mit dem man die Geldhalter bewegen muß, ihr übriges Geld an andere zu verleihen.

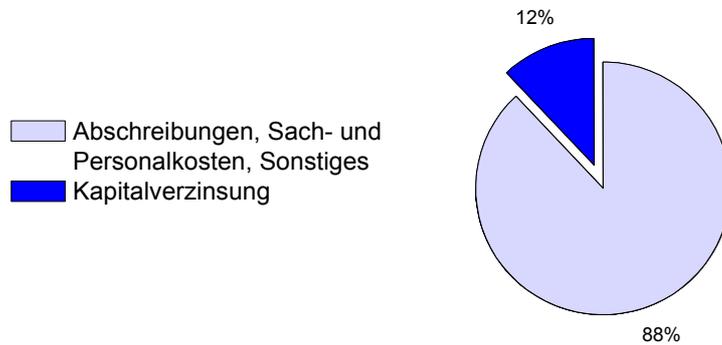
2.1.1 Wer zahlt Zinsen?

Ein wesentlicher Grund für die Schwierigkeit, das Wirken des Zinsmechanismus in unserem Geldsystem zu verstehen, liegt darin, daß er zu einem Teil verdeckt wirkt. Viele Menschen glauben, daß sie Zinsen nur dann bezahlen, wenn sie Geld borgen und daß sie nur das Geldborgen vermeiden müssen, wenn sie keine Zinsen zahlen wollen. Doch dem ist nicht so: In jedem Preis sind Zinsanteile enthalten. Der Anteil schwankt entsprechend der Höhe des jeweiligen Kapitaleinsatzes. Abb. 1 zeigt Beispiele aus dem öffentlichen Bereich, die in der freiwirtschaftlichen Literatur bis heute häufig zitiert werden: Der Anteil der Kapitalkosten in den Müllabfuhrgebühren beträgt ungefähr 12 %. Hier ist der Zinsanteil relativ niedrig, da die Lohnkosten preisbeherrschend sind. Dies ändert sich beim Trinkwasser- und Abwasserpreis, bei dem die Anteile der Zinskosten bereits 38 % bzw. 47 % betragen. In der Kaltmiete im sozialen Wohnungsbau beträgt der Anteil sogar 77 %.³

³ Knauer (1997: 264) berechnete für die BRD eine durchschnittliche Zinsbelastung in allen Preisen von 26 %. Der Anteil der Zinsbelastung an Preisen ist aber nicht nur wegen der unterschiedlichen Kapitalintensität der Wertschöpfung schwer allgemeingültig zu beziffern, sondern auch weil in den meisten anderen Kosten (z. Bsp. Materialkosten) Zinsanteile stecken, die sich in der Produktionskette aufhäufen. Andererseits führt nicht der gesamte Zinsanteil im Preis zu der im Abschnitt 2.1.2 erläuterten Umverteilung, weil auch reale Kosten für Risiko und Vermittlung und insbesondere die Inflation damit ausgeglichen werden. Geitmann (1998: 5) beziffert den „Realzinsgrundsockel in allen Preisen“ lediglich mit ca. 10 %.

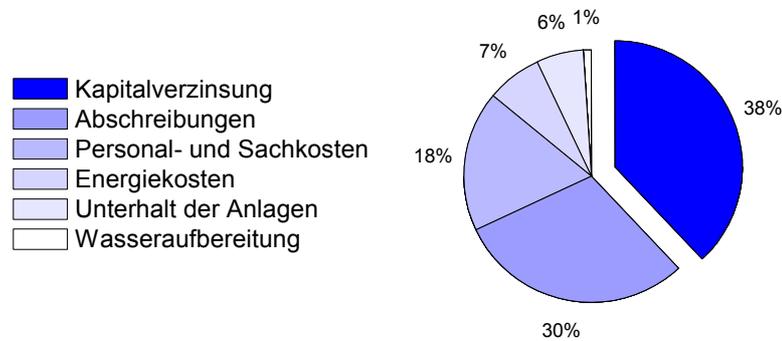
Müllabfuhrgebühren:

Stadt Aachen 1983 110-l-Tonne: 194,- DM = 100 %



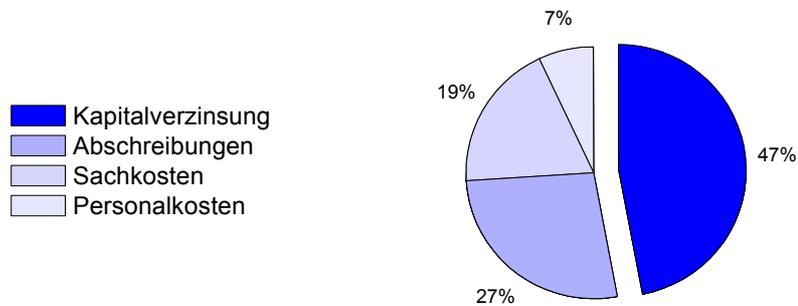
Trinkwasserpreis:

Beispiel eines norddeutschen Versorgungswerkes 1981 (Preis je m³: 1,36 DM = 100 %)



Abwassergebühren:

Stadt Aachen 1983: Gebühr je m³: 1,87 DM = 100 %



Kaltniete im sozialen Wohnungsbau:

Miete je m²: 13,40 = 100 %, Berechnung des Statistischen Bundesamtes für 1979

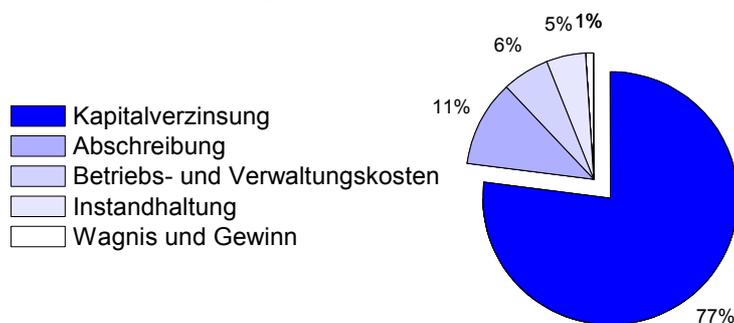


Abb. 1: Anteil der Kapitalkosten an verschiedenen Preisen (nach Creutz 1997: 121 und Kennedy 1994: 20)

Kennedy kommt zu folgendem Schluß: „Im Mittelalter dachten die Menschen, daß es ihnen schlecht gehe, wenn sie den Zehnten, also ein Zehntel ihres Einkommens oder ihrer Erzeugnisse, an den Feudalherrn abliefern mußten. Heute entfallen mehr als ein Drittel im Preis der Güter und Dienstleistungen auf den Kapitaldienst für die Geldbesitzer. ... Könnten wir also den Zins abschaffen und ihn durch einen besseren Mechanismus ersetzen, der das Geld in Umlauf hält, dann wären theoretisch die meisten von uns mindestens um die Hälfte reicher, oder sie müßten höchstens zwei Drittel der Zeit arbeiten, um ihren derzeitigen Lebensstandard zu erhalten.“ (Kennedy 1994: 20, 70)

2.1.2 Zinsbedingte Einkommensumschichtung

Kritiker betonen in der Regel drei systemimmanente Konsequenzen, die aus den Zinszahlungen folgen:

1. Zinsen fördern indirekt den Wettbewerb zwischen den Beteiligten,
2. Zinsen verstärken die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wachstums, auch wenn der tatsächliche Lebensstandard stagniert,
3. Zinsen tragen zur Konzentration von Reichtum bei, weil sie die Mehrheit zugunsten einer kleinen Minderheit belasten.

Da die ersten beiden Punkte umstritten sind (vgl. Godschalk 2000), soll hier lediglich auf die zinsbedingte Einkommensumschichtung eingegangen werden.

Abb. 2 zeigt die Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte Ende 1983. Grundlage bildete die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ des Statistischen Bundesamtes, die alle fünf Jahre bei rund 45.000 bundesdeutschen Haushalten auf freiwilliger Basis durchgeführt wird (die nachfolgenden Stichproben wurden nicht mehr so differenziert ausgewertet).

Bei der Interpretation muß berücksichtigt werden, daß bei den „negativen Geldvermögen“ lediglich Konsumentenkredite berücksichtigt wurden (für Möbel, Reisen, Autos) und nur Haushalte mit einem Monatseinkommen unter 25.000 DM erfaßt wurden. Auch wenn die absoluten Zahlen sich seitdem geändert haben, ist das qualitative Bild das gleiche geblieben.⁴ Für 1983 galt: die ersten

⁴ Detaillierte Vergleiche verschiedener Erhebungen des Vermögens bundesdeutscher Haushalte enthält Creutz 1997: 136 ff.

50 % der Haushalte verfügen über 4 % des Gesamtvermögens, die zweite Hälfte über 96 %.

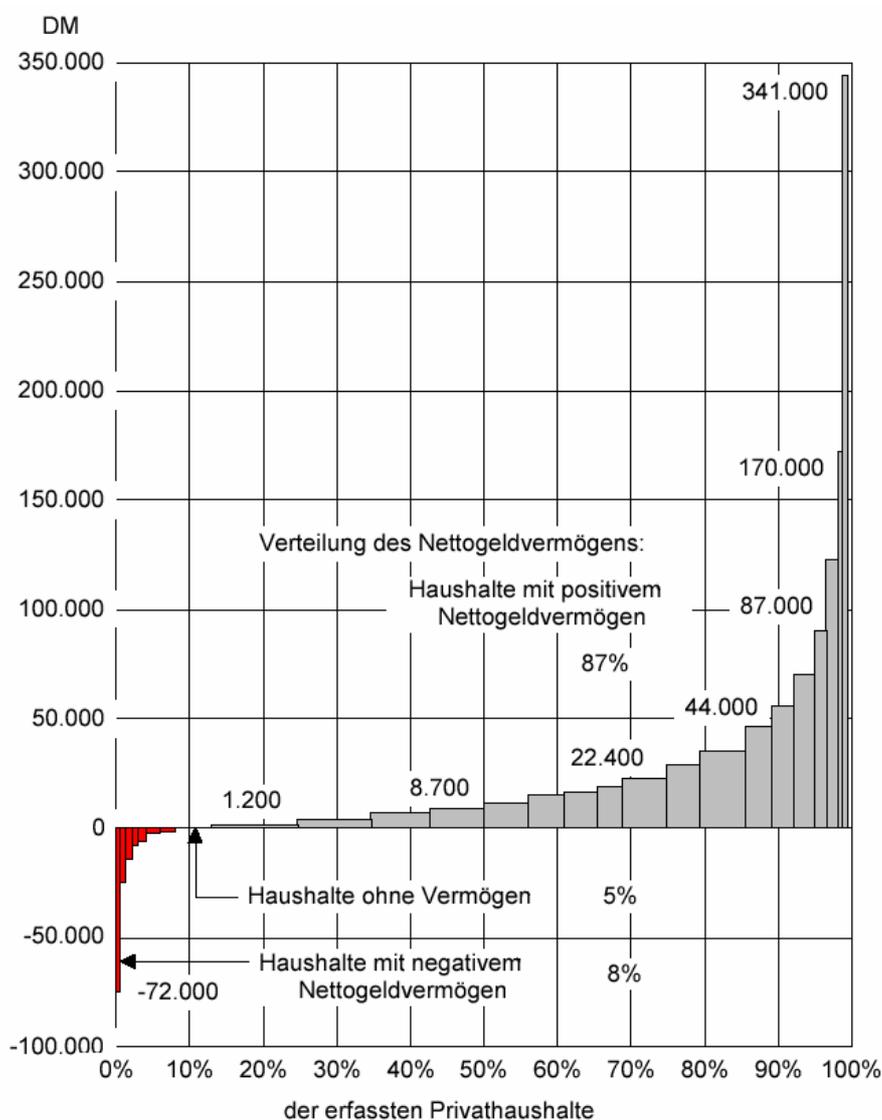


Abb. 2: Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte Ende 1983 (entnommen Creutz 1997: 104)

Mit Hilfe der Vermögens- und der Einkommensverteilung lassen sich die Zinslasten und die Zinserträge der Haushalte gegenüberstellen. Creutz teilte dafür alle Deutschen in zehn Einkommenskategorien auf, von denen jede 2,5 Millionen Haushalte umfaßte (Creutz, Suhr, Onken 1986: 23 ff.). Im Jahr 1982 belief sich der Kapitaltransfer zwischen den zehn Kategorien auf insgesamt 270 Milliarden DM in Form von Zinszahlungen. Was genau passiert, wird deutlich, wenn man den Netto-Zinstransfer (eingemommene Zinsen minus gezahlte Zinsen) für jede der zehn Haushaltsgruppen grafisch darstellt.

Diese Grafik zeigt anschaulich den Geldtransfer von der breiten Masse der Bevölkerung (80 %) zur Spitzengruppe von 10 % der Haushalte. Dieser Transfer ist ausschließlich eine Folge des Währungssystems und hat nichts mit der Klugheit und dem Fleiß der Beteiligten zu tun – womit üblicherweise große Einkommensdifferenzen gerechtfertigt werden.

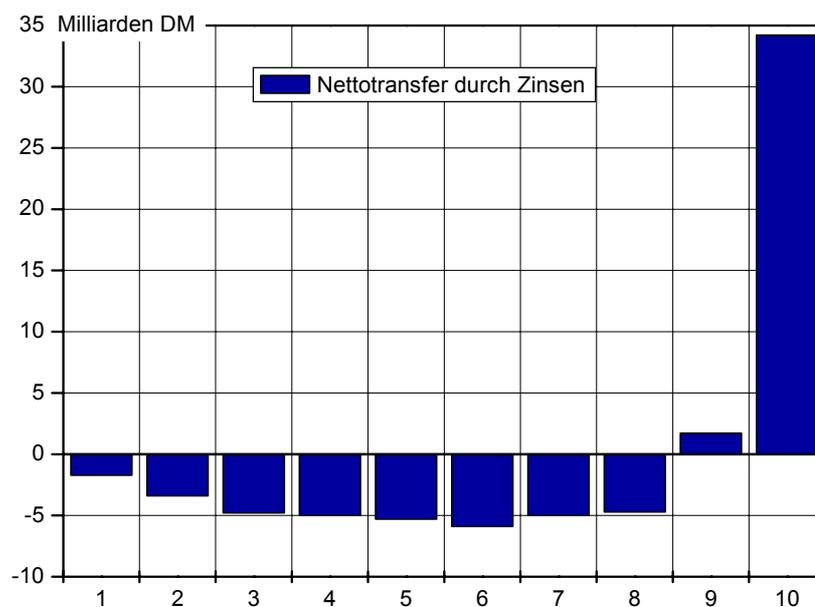


Abb. 3: Nettotransfer durch Zinsen gestaffelt für zehn Einkommenskategorien von jeweils 2,5 Millionen Haushalten (Deutschland 1982, nach Creutz, Suhr, Onken 1986: 25 und Lietaer 1999: 138)

Die oberen 10 % werden von Kennedy weiter differenziert: „Für die letzten 1 % der Bevölkerung müßte die Säule für das Einkommen aus Zinsen etwa um das 5-fache erhöht werden, für die letzten 0,1 % um mehr als das 20-fache und für die 82 Milliardärsfamilien in unserem Lande (nach der Untersuchung des Wirtschaftsmagazins Forbes im Juli 90) um das 2000-fache. Bei einer 6%igen Verzinsung wird diese letzte Gruppe täglich um rund 32 Millionen DM reicher, was dem Nettoverdienst von 438.000 Arbeitnehmern entspricht.“ (Kennedy 1994: 22)

Die mit Zinsen verbundene Rückzahlung von Schulden läßt folglich den Geldstrom aus „leeren Kassen mit Bedarf“ in „volle Kassen ohne Bedarf“ anschwellen. Es handelt sich hierbei um ein „positiv rückgekoppeltes System“, das einen schier irreversiblen Prozeß generiert: Geldvermögen und Geldschulden verstärken sich gegenseitig mit steigender Tendenz (Wendel 1994: 14).

2.1.3 Folgen der Einkommensumschichtung

Abb. 4 stellt die Entwicklung der deutschen Gesamtverschuldung von 1950 bis 1995 derjenigen der wirtschaftlichen Leistung in inflationsbereinigten Zahlen gegenüber. In die Gesamtverschuldung gehen die Schulden der Privathaushalte, der Wohnungswirtschaft, Unternehmensschulden und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ein.

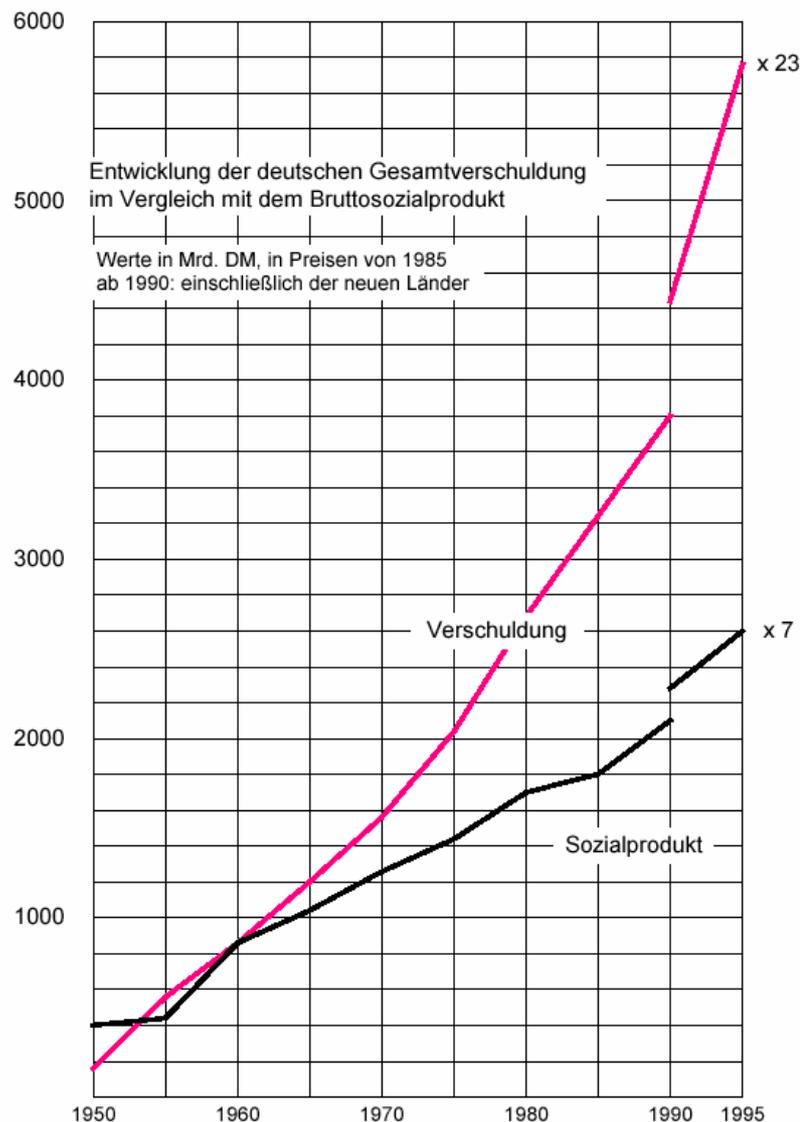


Abb. 4: Schere zwischen Verschuldung und BSP (inflationsbereinigt, entnommen Creutz 1997: 82)

Im Jahr 1950 lag die Höhe der Verschuldung noch deutlich unter der jährlichen volkswirtschaftlichen Leistung. 1960 entsprach die Schuldensumme etwa der Größe des BSP und 1995 lag sie beim 2,2-fachen der Wirtschaftsleistung. Selbstredend geht mit dem Anwachsen von Schulden ein analoges Anwachsen der Vermögen einher.

Doch die Akkumulation von Geld ist immer auch Akkumulation von Macht (vgl. Picht 1980, S. 148 f.). Vielleicht war es dieses Wissen und die Sorge um Gerechtigkeit und Stabilität, die einstmals Judentum, Christentum und Islam veranlaßt hat, einhellig die Erhebung von Zinsen zu verurteilen. Es ist aufschlußreich, daß nach der offiziellen Billigung der Zinserhebung nahezu alle Länder die Notwendigkeit sahen, Wege zur Rückverteilung der Einkommen einzurichten und damit wenigstens ansatzweise ein Gegengewicht zum Auseinanderdriften zu schaffen. Einige dieser Wege – wie progressive Besteuerung und soziale Sicherungssysteme – werden immer häufiger als ineffektiv kritisiert. Ist es die hohe Effizienz des Umverteilungsmechanismus, der die Rückverteilung so ineffektiv erscheinen läßt?

2.2 Problemfeld Spekulationen

Das folgende Problemfeld ist zwar nicht so alt wie die Zinskritik, jedoch nicht weniger heikel. Die Entwicklung der Finanzmärkte ist seit ihrer Liberalisierung Mitte der 70er Jahre geradezu spektakulär. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn sie mit der Entwicklung anderer ökonomischer Größen verglichen wird. Die hohe Liquidität auf den globalen Finanzmärkten kommt anschaulich in den Daten über die täglichen Umsätze auf den Devisenmärkten zum Ausdruck.

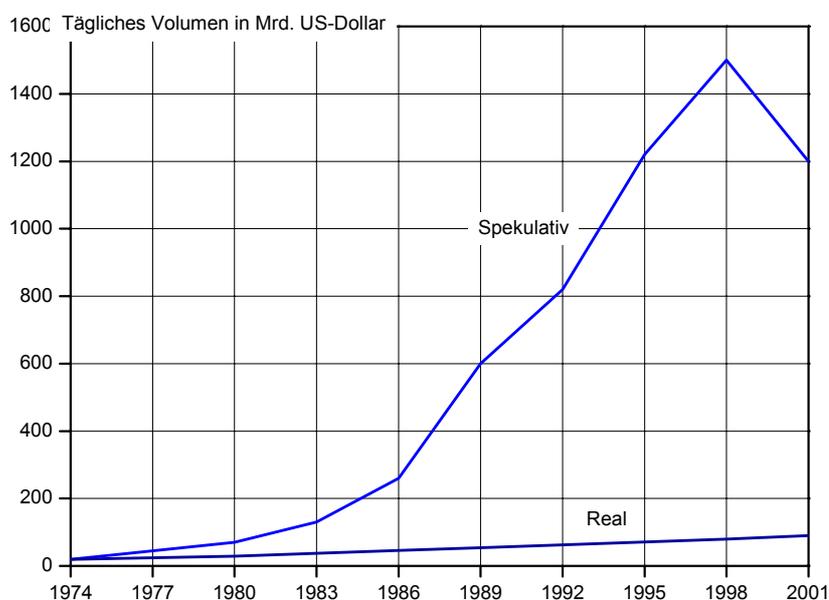


Abb. 5: Devisentransaktionen pro Tag im Vergleich zu Devisentransaktionen, denen ein „echter“ wirtschaftlicher Austausch zugrunde liegt.⁵

⁵ Zusammengestellt aus Lietaer 1999: 82 und Deutscher Bundestag 2002: 63 f.

In den 70er Jahren schwankte das tägliche Volumen der weltweiten Devisentransaktionen zwischen 10 und 20 Milliarden Dollar. 1983 lag es bereits bei 100 Milliarden. 1995 hatte es schwindelerregende 1,2 Billionen erreicht, 1998 – vor Bildung des Euro-Raums – schließlich 1,5 Billionen⁶. Heute liegt das Niveau der täglichen Devisentransaktionen bei 1,2 Billionen US-Dollar, da die Umsätze zwischen den elf am Euro beteiligten Währungen weggefallen sind. Zum Umsatz des Welthandels und der Direktinvestitionen würden 3–5 % der vorhandenen Liquidität ausreichen.⁷ Mehr als 95 % der Devisenumsätze finden innerhalb des Finanzsektors selbst statt und haben ihre Ursache in Wechselkurspekulationen⁸.

Auch wenn sich der Umfang der Devisentransaktionen nach 1998 etwas verringert hat, ist doch offensichtlich, daß an den Devisenmärkten etwas sehr Ungewöhnliches geschieht, das es bisher noch nicht gab.

2.2.1 Warum nehmen Währungsspekulationen zu?

Das außerordentliche Anwachsen der Spekulationen kann durch das Zusammenwirken dreier Veränderungen im Laufe der letzten Jahrzehnte erklärt werden:

1. Eine strukturelle Veränderung: Am 15. August 1971 löste Präsident Nixon den Dollar vom Gold und leitete damit eine neue Ära ein; künftig wurde der Wert von Währungen in erster Linie durch die Kräfte des Marktes bestimmt. Damit begann die Zeit der „freien Wechselkurse“ und eröffnete all jenen große Gewinnchancen, die die Schwankungen auszunutzen wußten.
2. Die Deregulierung der Finanzmärkte in den 80er Jahren: Die Regierungen von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA

⁶ Der ehemalige Zentralbankier und professionelle Währungsspekulant Bernard Lietaer geht sogar von 2 Billionen Dollar für 1998 aus und versucht, diese Summe anschaulich zu machen: „Einfache Sterbliche wie wir können sich unter solchen Zahlen gar nichts vorstellen. ... Quizfrage: Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten eine Druckerpresse in Ihrer Garage und würden damit Dollarnoten drucken, und zwar einen Dollar pro Sekunde. Wann hätten Sie Ihre Druckerpresse anwerfen und mit dem Druck beginnen müssen, damit die 2 Billionen Dollar für einen typischen Devisenhandelstag heute fertig wären? Im Ersten Weltkrieg, während der amerikanischen Revolution, bei Christi Geburt oder in der Steinzeit?“ (Lietaer 1999: 81) Die Antwort: Keines ist richtig. 2 Billionen Sekunden bringen uns zurück an einen Zeitpunkt, der 10mal weiter zurückliegt als das Neolithikum (5.000 v. Chr.). 2 Billionen Sekunden entsprechen einem Zeitraum von etwas mehr als 63.000 Jahren.

⁷ Die Höhe realökonomischer Transaktionen ist schwer erfaßbar. So ist es nicht verwunderlich, daß einzelne Autoren zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Der hier zugrunde gelegte Schlußbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ spricht wenige Seiten zuvor von einem spekulativen Anteil von „nur“ 90 % statt 95 % (Deutscher Bundestag 2002: 64, 91).

⁸ Wechselkurspekulation bezeichnet den meist kurzfristigen Kauf und Verkauf von Devisen in Erwartung von steigenden oder fallenden Wechselkursen.

leiteten gleichzeitig Programme für eine massive Deregulierung der Finanzmärkte ein (Baker-Plan). Sie ermöglichten einem viel breiteren Spektrum von Einzelpersonen und Institutionen, sich an Devisengeschäften zu beteiligen.

3. Technologische Innovationen: Parallel zu den unter Punkt 2 beschriebenen Entwicklungen entstand durch den Vormarsch des Computers im Devisenhandel erstmals in der Geschichte ein täglich 24 Stunden weltweit integrierter Markt. Damit veränderte sich das Tempo und der Umfang der möglichen Devisentransaktionen rund um die Welt in dramatischer Weise.

Zudem sind Währungen ein ideales Instrument für Spekulanten. Verglichen mit anderen Anlageformen bieten die Devisenmärkte heute eine Reihe von Vorzügen:

1. Liquidität rund um die Uhr: Devisen sind die liquidesten aller Anlageformen (flüssiger als Anleihen und Aktien, die nur zu den örtlichen Börsenzeiten gehandelt werden können, und ungleich schneller verfügbar als Grund und Boden).
2. Sehr geringe Transaktionskosten: In großem Umfang Devisen zu kaufen und zu verkaufen ist sehr viel billiger als der Kauf und Verkauf von Aktien, Anleihen oder Grund und Boden.
3. Tiefe der Devisenmärkte: Wenn institutionelle Anleger große Geldmengen plazieren wollen, würde der Kauf von Aktien den Kurs in die Höhe treiben. Umgekehrt drückt der Verkauf großer Aktienbestände den Kurs. Solche Probleme gibt es bei Devisentransaktionen kaum.

Vor diesem Hintergrund ist es gut verständlich, warum „alle Welt“ mit Devisen spekuliert.

2.2.2 Auswirkungen der Währungspekulationen

Ein instruktives Beispiel für die grotesken Folgen dieser Situation gibt Jenner:

„140.000 abhängig Beschäftigte der Gruppe Peugeot erwirtschafteten im ersten Halbjahr 1998 einen Gewinn von 2,2 Milliarden Francs oder 330 Millionen Dollar (bei einem Kurs von 6 Francs zu einem Dollar) – ein Rekorderfolg. Im gleichen Zeitraum brachten es aber ganze 340 Händler der Citibank mit ihren Devisenspekulationen zu einem Gewinn von 552 Millionen Dollar – pro Person entspricht dies einem 400 mal so großen Erfolg! Reale volkswirtschaftliche Leistung und Einkommen auf ihre Kosten verhalten sich hier also wie 1 zu 400! Kein Wunder, daß die Spekulation ein exponentielles Wachstum verzeichnet, weil die reale Leistung unter diesen Bedingungen immer weniger zu motivieren vermag. ... Die persönliche

Leistung verschafft zunehmend weniger, das Vermögen zunehmend mehr Erfolg. Ohne den Eingriff der Gesellschaft muß dieses System an seiner Instabilität und den inneren Widersprüchen zerbrechen.“ (Jenner 2000: 67)

Auch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ schreibt explizit über die Finanzmärkte:

„Allerdings hat die weitgehende Liberalisierung der vergangenen Jahrzehnte zu schweren Krisen beigetragen, die die Effizienz- und Wohlstandsgewinne in vielen Ländern geschmälert oder gar zunichte gemacht und zur Polarisierung der Welt in überforderte Schuldner und durch den Zins- und Renditezuwachs reicher werdende Geldvermögensbesitzer beigetragen haben.“ (Weizsäcker 2001: 1)

Die wesentlichen Problemfelder seien hier nur stichwortartig aufgeführt:

- Wechselkurspekulationen profitieren naturgemäß von schwankenden Wechselkursen. Der Einfluß von finanziell ambitionierten Interessenten an „Instabilität“ wird mit steigendem Spekulationsumfang zunehmen. Zusätzliche Kosten für Wechselkurssicherungsgeschäfte belasten den internationalen Handel.
- Werden die Notenbanken durch Stützungskäufe in die Spekulationen hineingezogen, müssen die daraus resultierenden Verluste von der gesamten Volkswirtschaft getragen werden.⁹
- Durch die zunehmende internationale Verflechtung – Deutschland hat beispielsweise das zweieinhalbfache seines Wertes des BSP in ausländische Aktien investiert (Lietaer 1999: 105) – müssen Währungsturbulenzen im Ausland auch auf das Inland wirken.
- Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich betont die Verstärkung des Konjunkturzyklus durch Währungsspekulationen (BIZ 2002a: 153).
- Wenn sich im Vergleich zu Devisenspekulationen realwirtschaftliche Investitionen „nicht rechnen“, bleiben diese auf der Strecke. Steigende Arbeitslosigkeit ist eine direkte Folge (Brodbeck 2001: 34 ff.; Suhr 1986: 41 ff.)
- Entwicklungs- und Schwellenländer, die sich für die Öffnung ihres Kapitalmarktes entschieden haben, sind hilfloser Spielball für derartige Finanzmassen (Deutscher Bundestag 2002: 64; Stiglitz 2002: 84 ff., 119 f.).

Zur Eindämmung der Spekulationen wurde wiederholt eine Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) vorgeschlagen: Ursprünglich konzipierte James Tobin 1971 die „Tobin-Tax“ als Instrument, Wechselkursschwankungen zu mildern (vgl. Brodbeck 2002). Heute sehen viele darin ein Instrument zur Eindämmung

⁹ Creutz beziffert konkrete Beispiele für die deutsche Bundesbank (Creutz 1997: 128 ff.); vgl. auch Stiglitz 2002: 229 f.

spekulativer Kapitalbewegungen – mit dem positiven Nebeneffekt, durch Steuereinnahmen erhebliche Finanzmittel zur internationalen Armutsbekämpfung zu erhalten.¹⁰ Tobin hatte vorgeschlagen, auf Devisentransaktionen eine Steuer von 0,05 bis 0,1 % zu erheben. Kurzfristige, spekulativ motivierte Geldbewegungen werden dadurch erheblich verteuert, langfristige Devisengeschäfte in Verbindung mit dem internationalen Warenhandel dagegen kaum belastet. Bei einem einmaligen Transfer ist eine Steuer von 0,05 % zu vernachlässigen, aber wenn man sie mehrmals pro Woche bezahlen muß, senkt sie die jährliche Rendite.¹¹

Doch ist derzeit eine Devisenumsatzsteuer nicht konsensfähig. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich warnt vor hohen administrativen Kosten und möglicher Kapitalflucht (BIZ 2002a: 111), und die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ empfiehlt zwar ein Engagement für eine solche Steuer, muß aber gleichzeitig einräumen, daß diese Steuer „von der breiten Mehrheit von Währungs- und Finanzwissenschaftlern und -politikern verworfen“ wird. Die CDU/CSU-Arbeitsgruppe pointiert: „Abgesehen davon, daß sie in der Praxis kaum umzusetzen ist (sie müßte weltweit eingeführt werden, um wirklich wirksam zu sein), würde der internationale Waren- und Dienstleistungsverkehr beeinträchtigt.“ (Deutscher Bundestag 2002: 115, 479)

2.3 Folgerungen aus den Problemen des gegenwärtigen Geldsystems

Zu Beginn des Abschnitts 2 wurde angesprochen, daß die Kritik der Freiwirtschaftslehre am gegenwärtigen Geldsystem weit umfassender ist, als oben dargestellt. Letztendlich werden von ihr alle großen Probleme unserer Zeit – Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie – mit dem Geldwesen in Zusammenhang gebracht. Die Freiwirtschaftslehre behauptet jedoch nicht, daß dieses die einzige Ursache ist und hier ein allein ausreichender Therapieansatz zu suchen ist. Vielmehr scheinen Änderungen am Währungssystem ein notwendiger Reformansatz sein, ohne den alle anderen – ebenso erforderlichen – Bemühungen wahrscheinlich erfolglos bleiben.

¹⁰ Kessler (2002) schätzt die Einnahmen im europäischen Raum bei einem Satz von 0,01 % auf 17–20 Milliarden Euro.

¹¹ Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ geht ausführlich auf die Auswirkungen einer Devisentransaktionssteuer ein und berichtet in diesem Zusammenhang von „Hot Money“, das bei seinen „Round Trips“ unter Umständen mehrmals täglich die Währung wechselt (Deutscher Bundestag 2002: 97–100).

Auch Michael Ende setzte sich intensiv mit den globalen ökonomischen Problemen auseinander. Angesichts der instabilen Komponenten des Währungssystems kam er zu folgendem Schluß:

„Ich glaube, daß wir in unserem Geldsystem eine Art karzinombildendes Element haben, was unsere Wirtschaft fortwährend krankmacht. ... Meiner Meinung nach kann dieses Geldsystem nur dadurch funktionieren, daß es immer wieder zusammenbricht und dann immer wieder von vorn begonnen wird. Diese Zusammenbrüche nennt man dann Kriege oder Wirtschaftskatastrophen oder Inflationen, je nachdem, aber das bedeutet eigentlich nur, daß dieses System in sich selbst kein Regulativ hat, was zu einer vernünftigen Eindämmung führen würde ...“¹²

Die Beobachtung von monetären Wucherungen und zyklischen Krisen hat in Vergangenheit und Gegenwart wiederholt Menschen bewegt, zinsfreie Komplementärwährungen ins Leben zu rufen und mit ihnen zu arbeiten. Im folgenden Abschnitt sollen sie klassifiziert und an Hand von aktuellen Beispielen kurz erläutert werden.

3 Komplementärwährungen – Verschiedene Modelle

Unter einer Komplementärwährung sei in Anlehnung an Lietaer eine Vereinbarung innerhalb einer Gemeinschaft verstanden, eine Währung, die keine Landeswährung ist, als Tauschmittel zu akzeptieren. Solche Währungen werden als „komplementär“ bezeichnet, weil sie die konventionelle Landeswährung nicht ersetzen, sondern Funktionen übernehmen sollen, die die Landeswährung nicht erfüllt. Die Bezeichnung „komplementär“ bezieht sich darüber hinaus noch auf den Umstand, daß die meisten Beteiligten die normale Landeswährung und eine Komplementärwährung parallel verwenden. Oft umfaßt eine einzelne Transaktion gleichzeitig Teilzahlungen in beiden Währungen. Die Zahl der weltweit verwendeten Komplementärwährungen wächst sehr schnell: 1990 wurde noch von ca. 100 ausgegangen; für das Jahr 2000 werden 2.600 geschätzt (Lietaer 2000: 302).

Komplementärwährungen werden für die vorliegende Arbeit in Zahlungsmittel mit und ohne Umlaufsicherung eingeteilt. Eine Umlaufsicherung zielt mit Hilfe eines eigens dafür implementierten Mechanismus darauf ab, die dritte der drei wesentlichen Geldfunktionen – *Tauschmittel*, *Rechnungseinheit* und *Wertaufbewahrungsmittel* – zu beschränken (zur Motivation vgl. Abschnitt 4). Fast alle derzeit verwendeten Komplementärwährungen verzichten auf eine

¹² Interview mit Helmar von Hanstein 1992, zitiert in Creutz 1997: 187.

konstruktive Umlaufsicherung, d. h. sie können weitgehend verlustfrei akkumuliert werden. Der folgende Abschnitt soll einen knappen Einblick in die Vielfalt der realisierten Varianten geben.

3.1 Komplementärwährungen ohne Umlaufsicherung

Zur besseren Übersicht werden die Komplementärwährungen ohne Umlaufsicherung in dieser Arbeit in Tauschringe/Bartergesellschaften¹³ oder regionale Entwicklungswährungen eingeteilt. Diese Gruppierung wurde willkürlich gewählt und ist für den Gedankengang der Arbeit nicht wesentlich; zudem ist die Grenze oft unscharf. Ebenso hätte man beispielsweise eine Unterscheidung nach dem Prinzip der Geldschöpfung treffen können: Es handelt sich entweder um eine wechselseitige Kreditwährung (Geldschöpfung durch gleichzeitige Entstehung von „Soll“ und „Haben“ bei den Beteiligten einer Transaktion, z. Bsp. durch eine Arbeitsleistung), oder um eine sogenannte „Fiat“-Währung (Schöpfung des Geldes ohne Deckung von einer zentralen Autorität „aus dem Nichts“ und anschließendes Handeln damit – analog zum Zentralbankgeld). Auch hier gibt es gleitende Übergänge, wie das Beispiel „WIR“ zeigen wird.

3.1.1 Tauschringe und Bartergesellschaften

Die einfachste Form, die Nachteile konventioneller Währungen zu umgehen, ist die Rückbesinnung auf das Tauschgeschäft. Michael Linton gründete 1983 auf Vancouver Island (Kanada) das erste Local Employment and Trade System (LETS). Dieses System arbeitet mit am normalen Dollar orientierten Verrechnungspreisen, sogenannten „grünen Dollars“. Die Tauschpartner vereinbaren selbst die Preise für Waren und Dienstleistungen, die sie voneinander beziehen (die Angebote werden in einer Mitgliederzeitschrift veröffentlicht), und nach jeder Transaktion geben sie ihr Soll und Haben an eine computerisierte Kontenführung weiter. Zu Beginn wird dabei für jeden eine Obergrenze der Verschuldung festgelegt, um das Risiko für alle Teilnehmer möglichst gering zu halten. Informationen über Soll und Haben der Beteiligten sind für alle verfügbar. Dieses Modell arbeitete von Beginn an so erfolgreich, daß es weltweit zahlreiche Nachahmer fand. Bei den meisten Systemen werden weder bei positivem noch bei negativem Kontostand Zinsen bezahlt. Obgleich es viele offene juristische Fragen gibt, vor allem auf den Gebieten des Gewerbe-, Sozial-

¹³ Barter bezeichnet den direkten Austausch von Waren oder Dienstleistungen ohne den Transfer von Zahlungsmitteln.

und Steuerrechts (vgl. Neue Juristische Wochenschrift 1997: 825 ff.), existieren allein in Deutschland derzeit ca. 200 solcher lokalen Tauschhandelssysteme mit bis zu 1.000 Mitgliedern.¹⁴ Die Rechnungseinheiten haben oft phantasievolle Namen: GoThaler (Gotha), Kreuzer (Berlin-Kreuzberg), Elstertaler (Gera) u. a.

Den Rückgriff auf das Tauschgeschäft ohne Zentralbankgeld kann man besonders häufig in Zeiten des erhöhten Mißtrauens in die offizielle Landeswährung beobachten. Argentinien erlebt gegenwärtig eine der schwersten Währungskrisen weltweit.¹⁵ In der Folge entstand dort eine große Zahl von Tauschnetzwerken, die die Versorgung mit den notwendigen Gütern ermöglichen. Euro Barter Business spricht von mehr als 2 Millionen eingeschriebenen Unternehmen und Privatpersonen.¹⁶

Für größere Unternehmen realisieren meist Bartergesellschaften den Gütertausch über Verrechnungskonten. Auf diese Weise entfallen für die Beteiligten Kosten für Umlaufkapital und Wechselkursrisiken. Zudem werden Handelsbeziehungen mit Ländern ermöglicht, die kaum über harte Währungen verfügen. Bartergeschäfte machten 1997 weltweit ein Viertel des gesamten Welthandels aus. In den USA gibt es – im Gegensatz zu Deutschland – seit 1982 Gesetze für Bartergesellschaften. Dort werden Steuern für Bartergeschäfte genauso gezahlt wie für Geschäfte, die über Geldzahlungen abgewickelt werden. Die Hälfte der amerikanischen Werbespots laufen über Barter. (Beispielsweise „bezahlt“ United Airlines ein Werbekampagne bei CBS mit Flügen.) Das Bartervolumen wächst z. Zt. mit einer Wachstumsrate von 15–20 % pro Jahr – dreimal schneller als der Handel über Geld (Freystedt 2000: 11).

3.1.2 Regionale Entwicklungswährungen

In Deutschland wird seit Jahrzehnten eine Komplementärwährung emittiert, die jedoch von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: 1867 wurde in Bielefeld-Bethel eine Anstalt gegründet, deren Leitung 1872 Pastor Friedrich von Bodelschwingh übernahm. Heute werden in den von-Bodelschwinghschen-

¹⁴ <http://www.tauschring.de/d0402add.htm> (23.09.2002). Einzelne Tauschringe fühlen sich Gemäß der Freiwirtschaftslehre verpflichtet. So z. Bsp. der 1992 in Halle/Saale gegründete döMark-Tauschring; hier wird von allen Guthaben monatlich eine 1%ige Nutzungsgebühr abgebucht. Von „Freigeld“ kann man in diesem Zusammenhang aber schwerlich sprechen.

¹⁵ Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz hält interessanterweise den kurzfristigen Abzug von Spekulationsgeldern für einen wesentlichen Auslöser des südamerikanischen Währungsverfalls (Stiglitz 2002: 22). Eine nüchterne Analyse der Argentinienkrise findet sich in BIZ 2002a: 61 ff.

¹⁶ EURO BARTER BUSINESS: <http://www.barterportal.net/index.php?site=news> (25.07.2002). Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ erläutert den Zusammenhang zwischen dem argentinischen Tauschringboom und der Geldmengensteuerung der dortigen Zentralbank (Deutscher Bundestag 2002: 97).

Anstalten mehr als 14.000 behinderte Menschen in Kliniken, Heimen, Kindergärten und Schulen, Wohngruppen und Werkstätten betreut. Hinzu kommen 11.000 Mitarbeiter. Damit ist Bethel die größte diakonische Einrichtung in Europa. Schon seit 1908 wird dort das „Bethel-Geld“ herausgegeben: Warengutscheine, die Bewohner und Mitarbeiter mit 5 % Rabatt in verschiedenen anstaltseigenen Betrieben und Geschäften einlösen können. Ziel war und ist es, den Umsatz dieser Betriebe zu fördern und damit deren Bestand und Arbeitsplätze zu sichern. Am 1. März 2002 wurde die Bethel-Mark vom Bethel-Euro abgelöst. Für die Erstaussgabe wurden Scheine im Gesamtwert von 500.000 Euro gedruckt. Die farbigen Scheine im Wert von 50, 20, 10, 5, 2, 1 und 0,5 Euro – nicht 50 Cent – sind nicht mit europäischen Motiven verziert, sondern mit „Sarepta“, „Gilead“ oder der „Mamre-Patmos-Schule“ – allesamt Häuser aus Bethel.¹⁷ Diese Währung geben die örtlichen Sparkassen aus. Wer 100 Euro auf den Tisch legt, bekommt 105 Bethel-Euro zurück. Mit ihnen kann man beim Bäcker, in der Buchhandlung oder im Blumenladen einkaufen – praktisch mit 5 % Rabatt. Bethel-Finanzvorstand Hans-Friedrich Hofacker schätzt, daß 10 bis 15 % des Geldverkehrs in den Betheler Geschäften mit der „hauseigenen“ Währung bestritten werden (vgl. Korn 1998).

Die Europäische Kommission ist an der Finanzierung von vier regionalen Projekten beteiligt, die ebenso wie in Bethel gezielt den Leistungsaustausch innerhalb eines umgrenzten Gebietes fördern sollen und zusammen „Barataria“-Projekte genannt werden.¹⁸ Bei den vier Prototypen wurde bewußt darauf geachtet, daß sie sich voneinander unterscheiden. Es handelt sich um:

1. das schottische Projekt SOCS,
2. das ROMA-Projekt im Raum Connacht in Irland,
3. Amstelnet in Amsterdam
4. und das Projekt „3er Sector“, organisiert von dem gemeinnützigen La Kalle im Vallecas-Bezirk von Madrid.

Die beiden ersten Projekte wurden auf dem Land entwickelt, die beiden anderen sind für Stadtbewohner gedacht. Das irische System ist eine Papierwährung, während es sich bei den drei anderen um rein elektronisches Geld handelt. Einige Erläuterungen sollen die Bandbreite der Projekte veranschaulichen.

¹⁷ Figna, Hannelore: Euro-Nachrichten-Archiv November 2001. <http://www.europa2all.de/archiv/0111.htm> (15.10.2002).

¹⁸ Vgl. <http://www.barataria.org/>.

1. Das schottische Experiment ist eine Adaption des unten erläuterten WIR-Systems zum Zweck der regionalen Entwicklung. Die Mitgliedschaft beim SOC-System ist auf Organisationen wie z. Bsp. Unternehmen, Ministerien und gemeinnützige Verbände beschränkt. Jedes Mitglied verfügt über zinslose, ungesicherte Kredite, deren Rahmen sich an der Zahl der Handelspartner und an den Umsätzen festmacht. Zusätzliche Kredite können gewährt werden, wenn die Organisation Sicherheiten bieten kann (gedeckter Kredit). Zahlungen werden mittels Kreditscheck geleistet; in Zukunft sind jedoch auch andere Formen geplant. Die Mitgliedsbeiträge decken die Verwaltungskosten und dienen als Reserve bei notleidenden Krediten.
2. Das irische Projekt wird in der wirtschaftlich schwachen Region zwischen dem County Mayo und Roscommon durchgeführt. Der Landstrich ist nur dünn besiedelt, viele Menschen sind weggezogen, die anderen leben meist verstreut auf kleinen Bauernhöfen. Währungseinheit ist der ROMA, der seit Januar 1999 ausgegeben wird und wie ein LETS mit strikten Kreditvorschriften funktioniert.
3. Amstelnet ist eine Initiative der „Aktie Strohalm Foundation“ in Amsterdam, Holland. Ihr Einzugsgebiet ist eine der an dichtesten besiedelten Regionen der Welt. Amstelnet ist ein Netzwerk für Firmen, Selbständige und auch Organisationen. Zahlungseinheit und Tauschmittel sind die „Amstelnet Eenheden“ (AE, „Amstelnet Einheiten“, die einem Gulden entsprechen). Die gemeinnützige Organisation Aktie Strohalm widmet sich seit 1970 der Erforschung und Erprobung von neuen Währungssystemen und beschäftigt derzeit ca. 50 Mitarbeiter.
4. Das spanische Projekt „La Kalle“ wird in Vallecas-Bezirk von Madrid durchgeführt. Vallecas ist mit seinen 200.000 Einwohnern eines der größten Arbeiterwohngebiete des Landes. Währungseinheit des Projektes ist BICS, dessen Wert 100 Pesetas entspricht. Zinsfreie Darlehen bis zu 50.000 Pesetas stehen jedem Teilnehmer zur Verfügung, nach Überprüfung durch eine Kreditkommission auch größere Summen. Eine Regel von La Kalle lautet, daß jeder Handel mindestens 25 % BICS-Einheiten umfassen muß.

Schließlich soll noch „WIR“ als Schweizer Beispiel für eine Komplementärwährung dargestellt werden, die zwar einem Tauschring sehr ähnlich ist, aber schon allein wegen seines Umfangs kaum mehr den Tauschringen zugerechnet werden kann. Drei Eigenschaften machen WIR besonders interessant: Zum einen gehört es zu den ältesten noch bestehenden Komplementärwährungssystemen in der heutigen westlichen Welt. WIR wurde 1934 von 16 Mitgliedern in Zürich gegründet; seitdem wächst die Zahl seiner Mitglieder und sein Geschäftsvolumen beständig. Zweitens zeigt WIR, daß Komplementärwährungen auch in einem konservativen kapitalistischen Land mit einem der höchsten Lebensstandards der Welt erfolgreich sein können. Und schließlich ist WIR ein System, dem man allein schon wegen seiner Größe Beachtung

schenken muß: Die WIR-Bank beschäftigt heute 180 Mitarbeiter und operiert in vier Sprachen. Der Hauptsitz liegt in Basel mit weiteren Filialen in Bern, St. Gallen, Zürich, Lugano, Lausanne und Luzern. Die Bilanzsumme betrug in Jahr 2001 1,5 Mrd. Franken, der Umsatz in der Verrechnungseinheit WIR (1 WIR = 1 Franken) liegt bei 1,7 Mrd. Franken. 2001 hat die WIR-Bank einen Überschuß von 9 Mio. Franken erwirtschaftet (WIR 2002: 8, 22).

Über 60.000 Mitglieder nehmen an der WIR-Verrechnung teil – mit weiterhin steigender Tendenz. Damit dieser Trend anhält, bemüht sich die WIR-Bank um die sinnvolle Integration technischer und funktioneller Innovationen. So setzt sich im Einzelhandel und in der Gastronomie verstärkt die elektronische WIR-Karte anstatt des traditionellen Schecks durch, mit der gleichzeitig in WIR-Guthaben und in Schweizer Franken bezahlt werden kann. Mit einer Kommission von 0,6 % ist diese Zahlungsweise deutlich kostengünstiger als andere Kreditkartensysteme.

WIR ist die Abkürzung für „Wirtschaftsring-Genossenschaft“, gleichzeitig aber auch eine Anspielung auf das Personalpronomen „wir“. Heute kann ein Mitglied über zwei Wege in den Besitz von WIR-Guthaben kommen: Entweder verkauft man ein Produkt oder eine Dienstleistung an ein Mitglied, oder man erhält einen WIR-Kredit vom Koordinationszentrum. Ein WIR-Kredit hat eine sehr niedrige Verzinsung. In der Praxis dienen bei solchen Krediten oft Immobilien oder andere Vermögenswerte als Sicherheit.

WIR bietet eine Vorstellung vom wirtschaftlichen Potential eines ausgereiften Komplementärwährungssystems.

3.2 Komplementärwährungen mit Umlaufsicherung

Alle Versuche, alternative Zahlungsmittel mit einer Umlaufsicherung auszustatten, beziehen ihre Inspiration aus den Arbeiten Gesells. Gesell konzipierte sein Freigeld ausdrücklich als Zentralbankgeld, nicht als Komplementärwährung. In der Praxis ist aber bei sämtlichen Versuchen, Gesells Theorie zu erproben, immer gleichzeitig Landeswährung im Umlauf gewesen. So müssen alle Freigeldexperimente unter die Komplementärwährungen mit Umlaufsicherung subsumiert werden. Sie sind Gegenstand der folgenden Abschnitte. Nach einem Überblick über die dem Freigeld zugrunde liegenden Intentionen folgt die Darstellung der bisherigen Freigeld-Praxis.

4 Theoretische Grundlagen des Freigeldes

4.1 Silvio Gesell – Begründer der Freiwirtschaftslehre¹⁹



Silvio Gesell wurde am 17.03.1862 als siebtes Kind von neun Geschwistern im preußischen Rheinland geboren. Er wanderte 1887 nach Argentinien aus und betätigte sich dort erfolgreich als Kaufmann. Angesichts einer Wirtschaftskrise und der daraus folgenden sozialen Not versucht er, die Ursachen zu ergründen. Der Begriff des Angebotes ist Gesell klar: Es sind die Warenmengen, die auf den Märkten erscheinen. Doch obwohl der Güterbedarf der

Menschen kaum Schwankungen aufweist, bricht die Nachfrage mitunter unverhofft zusammen. Gesell macht dafür die Hortbarkeit des Geldes verantwortlich, und in seinen Schriften „Die Reformation des Münzwesens als Brücke zum sozialen Staat“ und „Die Verstaatlichung des Geldes“ fordert er erstmals 1891/92 „rostende Geldnoten“. Nach vergeblichen Versuchen, einflußreiche Argentinier von der Notwendigkeit einer Münzreform zu überzeugen, hofft er in Europa auf mehr Verständnis. 1906 übergibt Gesell das Geschäft seinem Bruder und kehrt mit seiner Familie nach Europa zurück, wo er sich auf einem Bauernhof in der Schweiz niederläßt. Gesell tut das, was Keynes als die zwei angenehmsten Beschäftigungen derjenigen bezeichnete, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen müssen: Bücher schreiben und experimentelle Landwirtschaft (Keynes 2000: 299).

Gesell vertieft sich in die Werke von Pierre Joseph Proudhon (1809–1865), Karl Marx (1818–1883) und Adam Smith (1723–1790). Die Lektüre der Schriften Henry Georges (1839–1897) überzeugt ihn, daß neben der Geldreform auch eine Bodenreform Voraussetzung für eine ausbeutungsfreie Marktwirtschaft ist. 1916 erscheint sein Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Aber erst nach dem ersten Weltkrieg gelingt es ihm, die Freiwirtschaftstheorie ins öffentliche Rampenlicht zu setzen: Gesell wird am 7. April 1919 zum Volksbeauftragten für Finanzwesen der ersten bayrischen Räte-

¹⁹ Soweit nicht anders erwähnt stammen alle Angaben dieses Abschnitts aus Wendel 1994: 3 f. und Lietaer 1999: 264 f.

republik gewählt. Am 13. April stürzt ein kommunistischer Putsch das Kabinett. Nach dem Einmarsch der Reichstruppen in München Ende April wird Gesell wegen Beihilfe zum Hochverrat angeklagt, am 9. Juli 1919 jedoch freigesprochen. Während der Weimarer Republik widmet sich Gesell wieder seinen Studien. Er konzipiert 1920 die „Internationale Valuta-Assoziation“, ein freiwirtschaftliches Weltfinanzsystem. Im letzten Werk „Der abgebaute Staat“ (1927) legt Gesell die Grundzüge einer eigenen Staatstheorie nieder. 1927 zieht er sich in die bodenreformerische Obstbausiedlung Oranienburg-Eden zurück; dort stirbt er am 11. März 1930.

4.2 Geldreform

Anders als der französische Sozialreformer Proudhon sah Gesell keinen Ausweg darin, das mehrwertabschöpfende Geld ersatzlos abzuschaffen. Gesell erkannte die segensreiche Wirkung des Geldes, Arbeitsteilung und damit höheren Wohlstand zu ermöglichen. Er schlug daher einen künstlichen Schwund der Tauschkraft der einzelnen Stückelung (Banknote) vor. Nur dieser Schwund könne, so Gesell, den festen Tauschwert der Währung garantieren: Die Notenausgabestelle wäre so erstmals in der Lage, Umlaufgeschwindigkeit und Kaufkraft des Geldes exakt zu regeln. Geldmengenverminderungen und -aufblähungen, die nicht durch eine Veränderung des Warenbestandes begründbar seien, würden durch den unbedingten Umlaufzwang des Geldes der Vergangenheit angehören. Nur „Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, kann allein sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen“ (Gesell 1991: 240). Kennedy vergleicht Freigeld²⁰ mit einem Eisenbahnwaggon: „Natürlich zahlt niemand demjenigen, der einen Waggon benutzt, eine Prämie (= Zins), damit er ihn entlädt, um ihn zurück in den Umlauf zu bringen, sondern der Nutzer zahlt eine geringe Gebühr, Standgeld genannt, wenn er den Waggon nicht entlädt“ (Kennedy 1994: 29). Die Standgebühr fungiert damit als konstruktive Umlaufsicherung anstelle von Zins und Inflation.

²⁰ Gesell bezeichnete sein Geld als Freigeld, weil es frei von Eigenzinsen ist (Gesell 1991: 237 ff.). Gleichbedeutend werden von anderen Autoren die Begriffe neutrales Geld, Schwundgeld, Markengeld oder Stempelgeld benutzt.

Gesell schlug Freigeld als ein papierenes Klebegeld vor, das von einem staatlichen „Währungsamt“ in den Stückelungen von 1, 5, 10, 50, 100 und 1000 Mark ausgegeben werden sollte. Auf der Rückseite der Scheine sieht Gesells Konzept 52 Klebeflächen vor. Sie sollen wöchentlich mit Aufwertungsmarken im Wert von 1/1000 des Schein-Nennwertes beklebt (5,2 % Nominalverlust pro Jahr) und nach einem Jahr gegen neue Scheine umgetauscht werden (vgl. Abb. 6). Die Klebemarken wollte Gesell als „Kleingeldabrissse“ à la Briefmarkenbögen ausgehen lassen. Gültig sollten die Scheine nur sein, wenn der Inhaber spätestens zum wöchentlichen Stichtag die Marke auf seine Banknoten plazierte hatte.

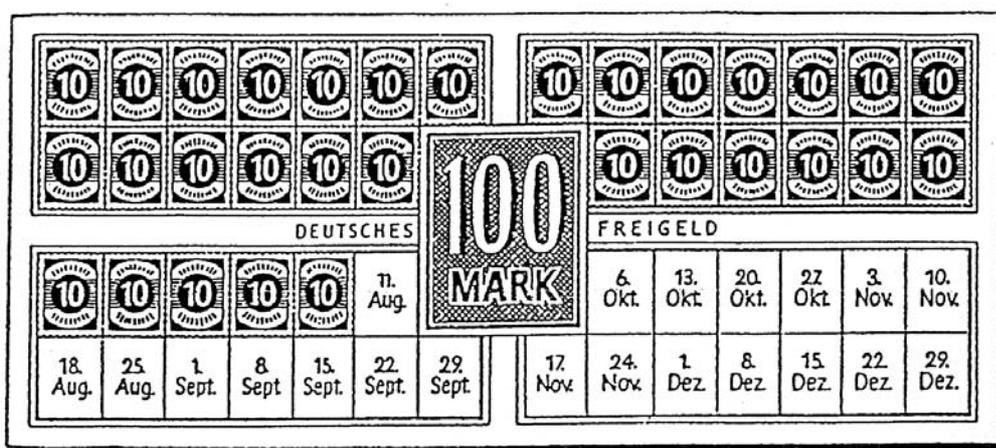


Abb. 6: Silvio Gesells Freigeldmuster (entnommen Wendel 1994: 20)

Herausgestellt werden muß dabei, daß die Freiwirtschaftslehre sich nie den Wegfall oder die Einebnung des Kreditzinses von einer Freigeld-Einführung erhofft hat. Die Geldhaltekosten²¹ sollen vielmehr nur den Liquiditätsvorteil abschöpfen und damit das Geld unter unmittelbaren Angebotszwang stellen. Die anderen Bestandteile des Kreditzinses, wie etwa Risikoprämie und Knappheitsaufschläge, sollen sich auf dem Geldmarkt frei bilden. Freigeld führe somit nicht zu einer Nivellierung der Marktzinsen, sondern zu einer Absenkung der Zinstreppe (vgl. Abb. 7).

²¹ Geldhaltekosten, Liquiditätsgebühr, Durchhaltekosten und Umlaufsicherungsgebühr werden im folgenden weitgehend synonym verwendet.

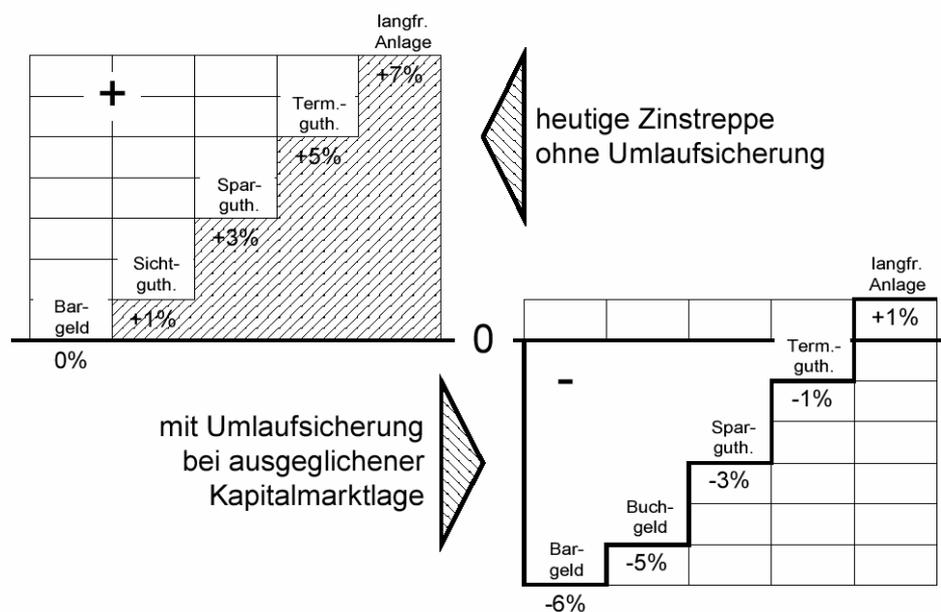


Abb. 7: Schematische Darstellung der Auswirkung des Freigeldes auf die Zinshöhe von Guthaben (entnommen Creutz 1997: 212)

Im Konzept Gesells soll das Währungsamt das Preisniveau anhand von Preisindizes stabil halten. Es soll auf Abweichungen mit einer Einschränkung oder Erweiterung des Geldumlaufs reagieren. Eine Vergrößerung der Geldmenge könne leicht über einen Einkommenssteuernachlaß erreicht werden. Eine Verringerung würde sich automatisch durch den Nominalverlust der Scheine ergeben. Sollte das nicht reichen, schlägt Gesell einen Steueraufschlag vor. Die Währungsreform selber will Gesell durch eine Stichtagsumstellung bewerkstelligen. Münzen und Banknoten sollen zum Nennwert umgetauscht werden (Gesell 1991: 245).

4.3 Bodenreform

Gesell sah in seiner Forderung nach „Freiland“ ein mit der Geldreform durchaus gleichbedeutendes Unterfangen. Die Zerstückelung der Erde in spekulativ handelbare Flächen soll einer organischen Einheit von Mensch und Erde Platz machen. Den „Klassenstaat“ wollte Gesell an seiner „Quelle“ angreifen: Nur noch die Rolle eines „bescheidenen Knechts“ sollte der abgebaute Staat übernehmen. Einer, „der die Straßen kehrt, die Briefe befördert, ... die Spitzbuben bewacht.“ (Gesell 1991: 69) Gesell versprach sich davon das „Ende der Politik“, die nur als Streit der Grundrentner mit Freisinnigen, Demokraten und Sozialisten

zu verstehen sei (Gesell 1991: 89 ff.). Obschon das Erfordernis einer Bodenreform heute weniger pathetisch begründet wird, ist die Grundstruktur freiwirtschaftlicher Bodenreformkonzepte geblieben: Der Staat (nach Gesell) oder die Kommune (nach Kennedy) sollen den Boden aufkaufen und anschließend an private Nutzer verpachten. So könne das Land optimal bewirtschaftet werden, die Grundrente aber werde vergesellschaftet. Die Pachteinahmen wollte Gesell für ein großzügig bemessenes Kindergeld verwenden: Mütter sollten von Männern finanziell unabhängig werden (Gesell 1991: 78). An eine entschädigungslose Enteignung wurde schon von Gesell nicht gedacht. Statt dessen schlug er staatlichen Bodenerwerb gegen variabel verzinsliche Schuldverschreibungen vor. Bei einer gleichzeitig durchgeführten Geldreform, so Gesell, wäre die Abzahlung der Schuld ein leichtes: Während die Bodenrenditen durch Freigeld eher steigen würden, müsse der Staat die Schuldscheine immer weniger verzinsen. Neuere Vorschläge laufen darauf hinaus, durch Bodenwertabgaben eigene kommunale Fonds zu bilden, mit deren Mitteln Vorkaufsrechte wahrgenommen werden können (Kennedy 1994: 40 ff.).

4.4 Durch Freigeld und Freiland zu Freihandel und Freiwirtschaft

Die volle Wirkung seiner Reformen versprach sich Gesell erst von ihrer internationalen Durchführung durch zwei völkerrechtliche Vertragssysteme:

1. In der „Internationalen Freiland-Charta“ sollten sich die vertragschließenden Staaten auf eine Bodenreform im Sinne Gesells verpflichten. Gleichzeitig sieht die Vereinbarung die vollständige Niederlassungsfreiheit aller Menschen aus dem Vertragsgebiet vor (Gesell 1991: 68).
2. In Gesells Weltwährungsverein („International valuta association“ – Iva) sollen sich alle Staaten auf eine Freigeldreform verpflichten. Zusätzlich soll eine internationale Währung („Iva-Valuta-Note“) vom Weltwährungsverein zentral herausgegeben werden. Die Iva-Noten sollen als gesetzliches Zahlungsmittel rund 20 % der umlaufenden nationalen Noten in den Vertragsstaaten ersetzen. Ab- und Zuflüsse von Iva-Noten zeigten den nationalen Notenausgabestellen leicht Geldknappheiten und -überflüsse an. Durch ein Vermindern oder Vergrößern der Geldmenge könne dann die Kaufkraft der Vertragswährungen dauerhaft fixiert werden (Gesell 1991: 314 ff.).

Von der Verabschiedung der Boden-Charta versprach sich Gesell eine „Vertilgung“ aller völkerrechtlichen „Zankäpfel“. Staatsgrenzen würden zu unbedeutenden Verwaltungsgrenzen, Zollgrenzen verschwänden, unbeschränkter

Freihandel wäre nun möglich. Der Weltwährungsverein flankiert die Charta mit internationaler Kaufkraftparität und ausgeglichenen Handelsbilanzen. Beide Vereinbarungen stellen somit für Gesell erst die Garantie für volle Wirkung freiwirtschaftlicher Reformen dar. Gleichzeitig bürgen sie für weltweiten Frieden und weltweite Freiheit der Menschen.

Die Freiwirtschaftslehre beansprucht bis heute die Rolle einer für alle gesellschaftlichen Bereiche gültigen Theorie eines „Dritten Weges“ neben Kapitalismus und Marxismus. Soziale und internationale Verteilungskämpfe und Konflikte bis hin zu Kriegen führt sie letztendlich auf eine ungerechte Boden- und Geldordnung zurück (Wendel 1994: 6).

4.5 Weiterentwicklung des Freigeldmodells bis zur Gegenwart

Die rechtliche Gestalt und die Höhe der Umlaufgebühr des Freigeldes waren in der Vergangenheit die am meisten diskutierten Punkte der Freigeldtechnik. Zweifel an der Handhabbarkeit des Klebegeldes führten zu dem Vorschlag, einzelne Banknotenstückelungen in verschiedenen, farblich unterscheidbaren Serien auszugeben. Sollte die Notenausgabestelle einen mangelhaften Geldumlauf feststellen, ruft sie einzelne Serien zu Umtausch gegen eine Abschlaggebühr auf. Creutz macht zahlreiche weitere Vorschläge zur Erleichterung eines Rückrufs (Großaufdruck von Seriennummern, Verwendung verschiedener Geldscheinformaten) und vermutet, daß bereits die Androhung des Umtausches eine Hortung unterbinden würde. § 14 Absatz 2 des Bundesbankgesetzes ermögliche schon heute derartige Umtauschaktionen (vgl. Creutz 1997: 213 f.).

Der Verfassungsrechtler Dieter Suhr propagiert aus juristischen Gründen die Einrichtung eines elektronischen Verrechnungssystems „NeuMoNe“ (Neutral Money Network), in dem Guthaben und Schulden nur als Buchgeld auftauchen. Die Abbuchung der Liegegebühr ist hier technisch völlig unproblematisch (Suhr 1994: 32 ff.).

Deutlich weiter greift der Vorschlag Lietaers, eine globale Referenzwährung TERRA zu schaffen (Lietaer 1999: 359 ff.). Bernard Lietaer, als Zentralbankier in Belgien einer der Väter des Euros, sieht alle „Graswurzelbewegungen“ zur

Änderung des Geldsystems gescheitert. Deshalb konzipierte er TERRA als eine Währung, die wichtige soziale Ziele verfolgt und gleichzeitig die Interessen von multinationalen Konzernen befriedigt. Nur wenn diese beiden Ziele gleichzeitig unterstützt werden, sei eine Reform möglich.

Die Funktionsweise von TERRA sei hier knapp umrissen:

- Es gibt eine TERRA-Allianz, die TERRA ausgibt. TERRA orientiert sich an einem international vereinbarten Standardwarenkorb, z. Bsp.:

1 Terra = 1/10 Barrel Rohöl (Qualität Brent zzgl. Lieferung)
 + 8 Gallonen Weizen (ab Produktenbörse Chicago)
 + 2 Pfund Kupfer (ab Metallbörse London)
 + usw.
 + 1/100 Unze Feingold (ab New York)

- Man bekommt TERRA, wenn man eine bestimmte Ware aus dem Warenkorb hinterlegt. Eine Firma verpfändet also ihre Lagerhaltungen. TERRA ist ein Lagerschein für eine Warenmenge. Genauso wie man an Warenbörsen in Dollar mit den Waren handelt, so tut man dies dann in TERRA.
- Das Neue an TERRA ist: die Lagerhaltungskosten werden auf den Geldhalter übertragen. Es gibt also eine Liquiditätsgebühr.
- Die Menge der ausgegebenen TERRA muß der Menge der produzierten Waren entsprechen. Mehr kann nicht ausgegeben werden. (Wenn es einen Lagerbrand oder ähnlichen Schaden gibt, dann ist der Ausfall von einer Versicherung gedeckt.)
- Wenn sich der Preis der hinterlegten Waren auf dem Weltmarkt ändert, dann ändert sich auch der TERRA-Preis.

Charakteristika von TERRA:

- Sie ist eine inflationssichere Währung par excellence. Inflation wird immer gegenüber einem Warenkorb gemessen. Wenn der Warenkorb aber die Basis der Währung ist, dann gibt es keine Inflation.
- Die Annahme der TERRA ist freiwillig; sie wird nur dann angenommen, wenn sie sich als vorteilhaft erweist. Man kann auch teilweise in Dollar und in TERRA abrechnen.
- TERRA ist ein reines Tauschmittel. Es kann nicht als Wertspeicher funktionieren. Wer sparen will, wird wieder in die nationalen Währungen gehen.
- Es gibt aus der Sicht der TERRA zwei Arten von Firmen: Die Erzeuger des Warenkorbes (the backers), bzw. der Güter, die an die TERRA-Allianz

verkauft werden (nicht physisch, sondern in der Form von Quittungen für den Bestand), und die Nutzer (the users) der TERRA, also Käufer und Verkäufer.

- Im Bartergeschäft spielen die Banken keine Rolle (man kann z. Bsp. keine Flüge bei der Bank hinterlegen). Wenn das Bartering durch TERRA eine standardisierte Verrechnungsbasis bekommt, dann können die Banken wieder einsteigen und TERRA-Konten anbieten (ähnlich dem ECU vor Einführung des Euro). Mit TERRA kommt der durch Barter verlorene Marktanteil wieder zu den Banken zurück.
- Vorteile für die Warenerzeuger: Sie verlagern die Lagerhaltungskosten auf die Geldhalter.
- Vorteile für die TERRA-Nutzer: TERRA ist ein stabiles, beständiges und inflationsfreies Geld im internationalen aber auch nationalen und lokalen Zahlungsverkehr.

Der Wert der neuen Währung TERRA kann leicht in jede bestehende Landeswährung umgerechnet werden: Wenn jemand den Wert von TERRA in seiner eigenen nationalen Währung ausgedrückt sehen möchte, muß er nur die Preise der international gehandelten Güter nachschlagen, aus denen sich der Korb von TERRA zusammensetzt. Die Preise werden schon heute auf den Wirtschaftsseiten aller großen Zeitungen der Welt veröffentlicht und sind über das Internet jederzeit in Echtzeit verfügbar. Lietaer schätzt die Lagerhaltungskosten (= Liquiditätsgebühr) auf 3 bis 3,5 % pro Jahr und betont, daß diese Kosten keine neuen zusätzlichen Kosten innerhalb der Volkswirtschaft sind. Tatsächlich seien sie in der bestehenden Volkswirtschaft bereits eingerechnet. Vorgeschlagen wird lediglich, die bestehenden Kosten auf den Inhaber von TERRA zu übertragen.

4.6 Kritik und offene Fragen zum Freigeld

Ein naheliegender Einwand gegen das Freigeld ist, daß eine Geldhaltegebühr von 5 % die gleiche Wirkung habe wie eine Inflation in entsprechender Höhe: Beide würden das Geld gleichermaßen in Bewegung bringen. Creutz stimmt dem zu, nennt aber gleichzeitig die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Umlaufsicherungen:

- Geldhaltekosten beziehen sich nur auf Bar- und Giralgeld. Eine Inflation hingegen wirkt sich als Substanzverlust auf alle Geldvermögen aus.
- Geldhaltekosten treiben überschüssiges Geld in die Banken und vergrößern das Kreditangebot. Inflation treibt überschüssiges Geld in den Konsum.
- Geldhaltekosten zielen auf eine Stabilisierung der Geldkaufkraft und damit des Preisniveaus. Inflation bewirkt ständige Preisveränderungen und Irritationen im Gefüge aller Geldbeziehungen und -verrechnungen (Creutz 1997: 221 f.).

John Maynard Keynes befaßte sich in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ intensiv mit den Anregungen Gesells und hat ihnen vier Seiten gewidmet. Keynes hielt zwar die Theorie Gesells für „unvollständig“ (Keynes 2000: 301), weil darin der Liquiditätsvorteil des Geldes nicht genügend beachtet und eine praktische Umsetzung in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar sei. Doch ist er in Ansatz und Ziel mit ihm weitgehend einig. Ähnlich wie Gesell sieht er in der Überlegenheit des Geldes über alle Waren ein Problem und schreibt:

„Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden. ... Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund.“ (Keynes 2000: 196, 302)

Während Silvio Gesell von „rostenden“ Banknoten gesprochen hat, hat Keynes den Begriff „Durchhaltekosten“ (carrying costs) in die Diskussion eingebracht. Über die Wirkungen von Durchhaltekosten schreibt er:

„Wenn ich recht habe mit meiner Annahme, daß es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter (d. h. Kredite, d. A.) so reichlich zu machen, daß die Grenzleistungsfähigkeit (d. h. der Ertrag, d. A.) des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.“ (Keynes 2000: 185)

Keynes Respekt vor Gesell stand Otmar Issing vor Augen, als er 1993 schrieb, daß „ethische Vorbehalte gegenüber dem Zinsphänomen“ zu allen Zeiten das Denken von Menschen beeinträchtigt habe, „denen man ansonsten Scharfsinn gewiß nicht absprechen wird. Als für diese Beobachtung in gewisser Weise typisch mag man auf John Maynard Keynes verweisen.“ Issing, damals

Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, distanziert sich deutlich von der „Sehnsucht nach der zinslosen Wirtschaft“, die „am Rande von Kirchentagen immer wieder ihre Anhänger versammelt.“ Der Zins sei als Prämie für Konsumverzicht und Preis für einen Kredit die Brücke zu zukünftigem Einkommen und die Alternative dazu ist der „Rückfall in die Steinzeit naturalwirtschaftlicher Beziehungen.“ Weiter heißt es: „Wer aber meint, die pure Zinsfeindschaft sei als mittelalterliches Phänomen längst überwunden, der möge sich die Bibliotheken füllende Literatur zur Problematik der Dritten Welt ansehen, in der ökonomische Erkenntnis in einer Flut falsch verstandener Ethik und Moral ertränkt wird.“²²

Deutlich sachlicher setzte sich Bundesinnenminister Otto Schily mit dem Freigeld auseinander. Sein Bekenntnis „Der Vorstellung, Geld müsse altern, kann ich wenig abgewinnen.“ (Schily 1996: 82) unterlegt er im wesentlichen mit vier Argumenten:

1. Freigeld erhöht den Umlaufzwang des Geldes. Das sei aus wirtschaftlichen Gründen ggf. wünschenswert, ökologisch aber nicht zu vertreten; ausufernde Wirtschaft führt zu verstärkten Umweltbelastungen.
2. Wird der Wirtschaft das Geld als Anlageform genommen, wird sie in andere Güter ausweichen.
3. Freigeld sei als Komplementärwährung nicht brauchbar, da jedermann die zinsgünstigen Kredite des Freigeldes in Anspruch nehmen würde, jedoch keiner Geld auf strafzinsbelasteten Freigeldkonten anlegen würde.
4. Freigeld ist bereits allein wegen des hohen bürokratischen Aufwandes nicht praktikabel.

Prinzipiell empfiehlt Schily Mißtrauen in technische Lösungskonzepte für die monetäre Krise: Ihre Ursachen seien „nicht im Geldsystem selbst, sondern im Umgang mit Geld zu suchen und zu überwinden.“ (Schily 1996: 93)

Die Unterschätzung der zu erwartenden Widerstände, die Gefahr von Kapitalflucht, die mangelhaften Regulierungsmöglichkeiten einer Zentralbank ohne Leitzins – all das sind weitere offene Fragen an die Freiwirtschaftsbewegung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht vertieft werden können.

²² Alle Zitate: Issing 1993.

5 Freigeldexperimente in den 20er und 30er Jahren

Gesells geldpolitischer Vorschlag zur Überwindung von Wirtschaftskrisen wurde seinerzeit von der Volkswirtschaftslehre kaum beachtet. Da damals außerdem keinerlei Aussicht bestand, Parlamentsmehrheiten für diesen Vorschlag zu finden, faßten Anhänger Gesells den Entschluß, den Gedanken in kleinem Rahmen unmittelbar in die Tat umzusetzen. Sie wollten ein praktisches Exempel statuieren und damit die Richtigkeit dieses Vorschlags beweisen. Sie hofften, daß von einem solchen Beispiel eine große Ausstrahlungskraft ausgehen würde. Auf diese Weise und nicht durch endlose Diskussionen sollte die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer Sicherung des stetigen Geldumlaufs überzeugt werden.

5.1 Deutschland: Schwanenkirchen²³

In dieser Absicht begannen Hans Timm und Helmut Rödiger 1926 mit den Vorbereitungen für die praktische Erprobung eines umlaufgesicherten Geldes. Diese Planungen führten im Oktober 1929 in Erfurt zur Gründung der Wära-Tauschgesellschaft. Ihrer Satzung zufolge verstand sie sich als eine private „Vereinigung zur Bekämpfung von Absatzstockung und Arbeitslosigkeit. Ihr Ziel ist die Erleichterung des Waren- und Leistungsaustausches unter ihren Mitgliedern durch die Ausgabe von Tauschbons.“²⁴ Nach zwei Jahren gehörten der Tauschgesellschaft bereits mehr als eintausend Firmen aus allen Teilen des damaligen Deutschen Reiches als Mitglieder an.²⁵ Alle diese Firmen führten das Hinweisschild „Hier wird Wära angenommen“. Wära war die Bezeichnung für die Tauschbons. Sie drückte die Hoffnung aus, daß die Währung nach den Jahren der Inflation und Deflation wirklich wahren sollte.

Die Geschäftsstelle der Tauschgesellschaft gab die Wära auf Anforderung gegen Reichsmark an örtliche Wechselstellen aus. Solche Wechselstellen gab es unter anderem in Berlin, Bielefeld, Bonn, Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Freiburg, Halle/S., Hamburg, Köln, Leipzig und Nürnberg. Sie händigten die Wära-Scheine an Firmen und Einzelpersonen in Nennwerten von 1/2, 1, 2 und 5 Wära aus. Die Firmen bezahlten (zumindest teilweise) die Löhne und

²³ Soweit nicht anders erwähnt basiert dieser Abschnitt auf der Arbeit von Onken 1997: 30 ff.

²⁴ Wära-Handelsblatt, Stirn-Verlag Hochheim bei Erfurt, 1. Jg. (1931) Nr. 1, S. 4, zitiert in Onken 1997: 31.

²⁵ Onken 1997: 31. Lietaer geht von zweitausend beteiligten Firmen aus (Lietaer 1999: 266).

Gehälter in Wära aus und mit derselben Wära kauften sich die Einzelpersonen die gewünschten Güter. Die Rückseite der Scheine war mit Feldern bedruckt, auf die zu den angegebenen Daten jeweils eine Marke von einem Cent geklebt werden mußte, damit die Scheine ihren Nennwert behielten. Die Anzahl der Felder war so gewählt, daß die Summe der Marken im Jahr 12 % des Nennwertes betrug. Die Marken stellten gleichsam eine „Strafgebühr“ für die Nichtnutzung der Wära als Tauschmittel dar. Dieser Strafgebühr konnten die Mitglieder entgehen oder sie zumindest auf ein Minimum begrenzen, wenn sie die Wära für Warenkäufe verwendeten oder als Ersparnisse bei der Geschäftsstelle hinterlegten, die sie ihrerseits wieder in Form von Krediten verleihen konnte. Aus dem Bestreben, die Entrichtung der „Strafgebühr“ möglichst zu vermeiden, resultierte der stetige Umlauf der Wära. Die einzelnen Scheine wurden nach Ablauf eines Jahres, wenn alle Felder beklebt waren, innerhalb einer Frist gegen neue Scheine umgetauscht.



Abb. 8: Wära-Scheine 1931²⁶

²⁶ Entnommen Röhrig, Wolfgang: Scanns von Wäras und Wörgler Nothilfe. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/bilder/> (02.10.2002).

Internationales Aufsehen erregte dieses erste Freigeldexperiment, als der bis dahin noch kleine überregionale Wäarakreislauf sich gegen Ende des Jahres 1930 in der 500 Einwohner zählenden niederbayerischen Ortschaft Schwanenkirchen bei Deggendorf zu einem lokalen Knotenpunkt verdichtete. In Schwanenkirchen gab es damals ein Braunkohlenbergwerk, das 1927 wegen mangelnder Rentabilität stillgelegt worden war. Da es der mit Abstand größte Arbeitgeber in dieser Gegend gewesen war, kam das gesamte Wirtschaftsleben hier rasch zum Erliegen.

Im Herbst 1930, als die Weltwirtschaft sich mitten in ihrer großen Deflationskrise²⁷ befand, konnte der Bergbauingenieur Max Hebecker das Schwanenkirchener Bergwerk bei einer Versteigerung erwerben. Zunächst fehlte ihm das nötige Betriebskapital für eine Wiederaufnahme der Produktion, da ihm die Banken keinen Kredit geben wollten. Aber nachdem er sich an die Wära-Tauschgesellschaft gewandt hatte, bildete diese ein Wära-Finanzierungskonsortium und beschaffte durch Ausgabe von Anteilscheinen die nötigen 50.000 Reichsmark, die zum größeren Teil als Wära- und zum kleineren Teil als RM-Kredit ausgeliehen wurden. Mit diesem Geld konnte Hebecker das Bergwerk wieder in Betrieb nehmen; er beschäftigte zunächst etwa 60 Bergleute und stellte bald darauf weitere ein. Ihr Lohn wurde zu 90 % in Wära und zu 10 % in Reichsmark ausgezahlt (Wendel 1994: 33).

Anfangs waren die örtlichen Geschäftsleute skeptisch gegenüber diesem ungewöhnlichen Geld und weigerten sich, es als Zahlungsmittel anzunehmen. Als Hebecker aber begann, sich von Mitgliedsfirmen der Tauschgesellschaft mit Waren beliefern zu lassen und diese in der Kantine verkaufte, erklärten sie sich zur Annahme der Wära bereit. So kam in der Weltwirtschaftskrise die lokale Wirtschaft in Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach wieder in Gang, die Arbeitslosigkeit sank.

²⁷ Deflationskrisen sind kumulative Abwärtsbewegungen der Konjunktur, die mit einem Rückgang des Güter- und Faktorpreisniveaus verbunden sind. In Erwartung fallender Preise stellen Unternehmen und Konsumenten ihre Ausgaben zurück. Die Liquiditätspräferenz steigt. Weil das Geld gehortet wird, können die Waren nicht abgesetzt werden. Weil der Warenabsatz stockt, werden die Produkte noch billiger angeboten. Es kommt zu einer sich selbst verstärkenden Absatz- und Liquiditätskrise, in deren Verlauf immer weniger Unternehmen rentabel sind: Firmenkonkurse und Arbeitslosigkeit kumulieren.

Die von den Initiatoren der Tauschgesellschaft in die Wära gesetzten Erwartungen schienen sich in Schwanenkirchen trotz mancherlei Komplikationen – ein Sturm richtete beträchtliche finanzielle Schäden in Hebeckers Bergwerk an – zu erfüllen. Die Idee eines umlaufgesicherten Geldes schien bei ihrer ersten praktischen Erprobung in kleinem Rahmen ihre Brauchbarkeit zu erweisen, und das Schwanenkirchener Beispiel wurde in der deutschen Öffentlichkeit beachtet.

Trotz seines erfolgversprechenden Beginns mußte das Freigeldexperiment Ende 1931 abgebrochen werden: Im Oktober 1931 verbot Reichsfinanzminister H. Dietrich im Zuge der Brüning'schen Notverordnungen die Herstellung, Ausgabe und Benutzung jeglichen Notgeldes durch eine Verordnung. Diese Verordnung bestimmte in § 1 Abs. 3, daß auch die Wära-Scheine als Notgeld anzusehen seien; damit waren auch sie von diesem Verbot betroffen. Die Wära-Tauschgesellschaft sah sich gezwungen, die ausgegebenen Wära-Scheine wieder gegen Reichsmark einzulösen und ihre Tätigkeit einzustellen. Hebecker mußte das Schwanenkirchener Bergwerk wieder schließen und seine Beschäftigten entlassen. In Anbetracht dieser Auswirkungen der Verbotsverordnung ist es nahezu grotesk, daß sie ausgerechnet die Bezeichnung „Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ trug.²⁸



Abb. 9: Ulmer Wära-Scheine 1931²⁹

Ähnliche Wära-Verbände bildeten sich im süddeutschen Raum (vgl. Abb. 9) und in der Schweiz. Dem Schweizer Wära-Interessen-Verband (WIV) schlossen sich

²⁸ Wära-Handelsblatt, Stirn-Verlag Hochheim bei Erfurt, 1. Jg. (1931) Nr. 6, S. 3, zitiert in Onken 1997: 33.

²⁹ Entnommen Hannich, Günter: Stabiles Geld. <http://www.geldcrash.de/Neueinsteiger/stabiles-Geld/stabiles-geld.html> (02.10.2002).

im Laufe der Zeit rund 230 Klein- und Mittelbetriebe in insgesamt rund 50 Städten und Ortschaften an. Als Zahlungsmittel wurden 1- und 5-Wära-Scheine verwendet. Die Hauptgeschäftsstelle befand sich in Zürich; örtliche Wechselstellen gab es in den Kantonen Aargau, Basel und Baselland, Bern, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau und Zürich (Onken 1997: 38; vgl. Abschnitt 5.4).

5.2 Österreich: Wörgl

Während die Wära-Tauschgesellschaft in Deutschland eine netzwerkähnliche überregionale Selbsthilfeaktion auf privater Basis war, unternahm die Marktgemeinde Wörgl in Tirol auf Initiative ihres sozialdemokratischen Bürgermeisters Michael Unterguggenberger eine Selbsthilfeaktion auf kommunaler Ebene. Unterguggenberger kannte die Theorien Gesells und hatte aus der Presse von der Wära-Insel in Schwanenkirchen gehört.

5.2.1 Rahmenbedingungen und Konzeption

In der damals 4.200 Einwohner zählenden Gemeinde Wörgl waren im Zuge der internationalen Deflationskrise bis zum Frühjahr 1932 rund 400 Menschen arbeitslos geworden (Muralt 1989: 275). In der näheren Umgebung gab es weitere 1.100 Arbeitslose. Wegen der Absatzstockungen hatten die örtlichen Firmen die Produktion weitgehend einstellen und ihre Beschäftigten entlassen müssen. Das größte Unternehmen in der Gemeinde, die Zellulosefabrik, wurde 1931 stillgelegt und entließ 350 Arbeiter; eine Zementfabrik im nahegelegenen Kirchbichl kündigte 50 Arbeitern. Desgleichen waren Entlassungen in einer Sandziegelfabrik und in zwei Sägewerken notwendig geworden. Und von den rund 300 auf der Bahnstation Beschäftigten wurden etwa 100 entlassen (in Wörgl kreuzen sich die großen Bahnlinien Innsbruck – Salzburg – Wien und Triest – Ljubljana – München). Das örtliche Wirtschaftsleben kam dadurch praktisch zum Erliegen. Die Verschuldung der Gemeinde belief sich auf über 1,3 Millionen Schilling. Auf Grund ausbleibender Steuereingänge war an eine Tilgung dieser Schuld nicht zu denken, und für ihre Verzinsung mußten neue Kredite aufgenommen werden.³⁰ In den ersten sechs Monaten der Jahres 1932

³⁰ Detaillierte Angaben zur praktisch illiquiden Situation der Gemeinde 1932 in Wendel 1994: 31 f.

wurden weniger als 3.000 Schilling Steuern eingenommen; Steuern im Wert von 118.000 Schilling standen aus.



Michael Unterguggenberger lag eine lange Liste mit Projekten und Arbeiten vor, die durchgeführt werden sollten: Straßenbau- und Instandhaltungsarbeiten, die Schaffung eines Straßenbeleuchtungsnetzes und von Kanalanlagen, der Bau eines Waschhauses und einer Notstandsküche, die Anlage von Parks im Ortsgebiet und von Wanderwegen in der Umgebung. Die Gemeinde hatte in Anbetracht der Vorhaben nur eine verschwindend geringe Summe zur Verfügung. Anstatt den Betrag für das erste Projekt auf der Liste zu verwenden,

überzeugte Unterguggenberger Kaufleute und Verwaltung von einem Geldexperiment, wie es in Gesells. Natürlicher Wirtschaftsordnung vorgeschlagen wurde. Er erarbeitete ein kommunales „Nothilfe-Programm“, das auf der Sitzung des Wohlfahrtsausschusses des Gemeinderates am 5. Juli 1932 verabschiedet wurde: „Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. ... Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit. ... Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen Arbeitsbestätigungen in drei Nennwerten zu 1, 5 und 10 Schilling ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden. ... Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch ... öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden. ... Die Teilnahme an der Nothilfe Wörgl ist freiwillig.“ (Schwarz 1951: 39)

5.2.2 Umsetzung des Experiments

Die Durchführung begann damit, daß der Wohlfahrtsausschuß in einer Gesamthöhe von 32.000 Schilling Arbeitsbestätigungsscheine drucken ließ und diese gegen eine entsprechende Deckungssumme von Schillingen an die Gemeindekasse verkaufte. Die Arbeitsbestätigungsscheine waren ebenso wie die deutschen

Wära-Scheine mit einem Umlaufantrieb ausgestattet. Zu jedem Monatsbeginn sollten diejenigen Personen, in deren Händen sich die Scheine gerade befanden, in Höhe von einem Prozent der Nennwerte Notabgabemarken kaufen und auf eigens dafür vorgedruckte Felder aufkleben.³¹



Abb. 10: Wörgler Arbeitsbestätigungen: Vor- und Rückseite³²

Zum Jahresende wurden die Scheine gegen neue ausgetauscht. Sofern alle Marken aufgeklebt waren, erfolgte der Umtausch kostenlos. Die Noten waren jederzeit in Schillinge rücktauschbar. Beim Umtausch wurde allerdings ein „Arbeitsbeschaffungsbeitrag“ von 2 % erhoben. Diese Rücklaufsteuer sollte den Anreiz zur Umwechslung in den wertstabileren Schilling kompensieren. Die Gemeindekasse wurde angewiesen, den Erlös aus dem Klebmarkenverkauf als Notabgabe an einen Armenfonds weiterzuleiten. Jeder, der mit dem Freigeld

³¹ Die jährliche Umlaufgebühr von 12 % war somit mehr als doppel so hoch wie Gesells Vorschlag von 5,2 %.

³² Entnommen Röhrig, Wolfgang: Scanns von Wäras und Wörgler Nothilfe. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/bilder/> (02.10.2002) und Stadt Wörgl: http://root.riskommunal.net/gemeinde/woergl/gemeindeamt/html/images/f88_gr.jpg (02.10.2002).

bezahlt wurde, sollte bestrebt sein, es vor Ultimo wieder auszugeben, um so automatisch anderen Arbeit zu verschaffen.³³

Die Gemeinde zahlte am 31. Juli 1932 erstmals 1.600 Schilling in Form der Arbeitswertscheine an Arbeiter aus. Diese verwendeten sie für den Konsum, die Geschäftsleute beglichen damit ihre Steuerschulden bei der Gemeinde – der Kreislauf war binnen kurzer Frist geschlossen und das Tauschmittel wieder in der Gemeindegasse. Das Schwundgeld³⁴ konnte für nahezu alle örtlichen Zahlungen verwandt werden: Kaufleute und Handwerker akzeptierten es; Mieten, Strom-, Wasser- und Kanalgebühren sowie alle Gemeindesteuern wurden damit beglichen. Lediglich die bundesstaatliche Post und Bahn verweigerten die Annahme (Wendel 1994: 37).

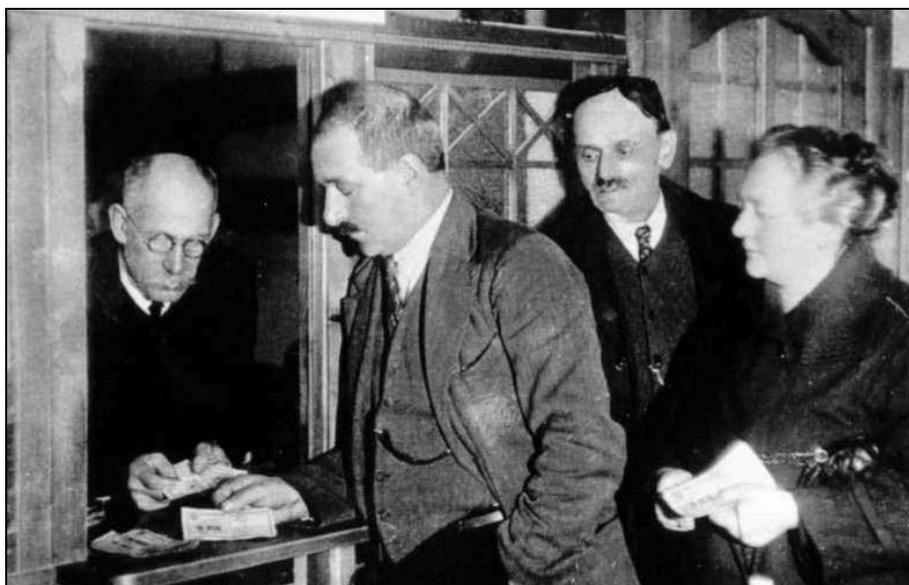


Abb. 11: Schwundgeldzahlungen in der Raiffeisenkasse Wörgl 1931³⁵

Eher als erwartet konnte der Bürgermeister die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege leiten. Gemäß dem Nothilfe-Programm ließ er mit diesen Steuereinnahmen sowie Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge und einem Notstandskredit des Bundes in Höhe von 12.000 Schilling, die zusammengenommen einen Betrag von über 100.000 Schilling ergaben, umfang-

³³ Tatsächlich bezahlten später sogar einige Bewohner ihre Steuern im voraus, um die Gebühren zu vermeiden.

³⁴ Die Bezeichnung „Schwundgeld“ hat sich für Gesell entlehnte Zahlungsmittel eingebürgert, obwohl sie irreführend ist: Der Wert der Geldes soll nämlich gerade beim „Schwundgeld“ nicht schwinden. Es handelt sich vielmehr um einen Wertverlust der einzelnen Stückelung, die laut Freiwirtschaftslehre die Wertstabilität der Währung als solche garantiert.

³⁵ Entnommen Stadt Wörgl: http://root.riskommunal.net/gemeinde/woergl/gemeindeamt/html/images/f82_gr.jpg (02.10.2002).

reiche Infrastrukturarbeiten durchführen. Die Löhne wurden wiederum ausschließlich mit den Arbeitsbestätigungsscheinen bezahlt (Onken 1997: 36).

Der Umfang der von der Gemeinde innerhalb von 13 Monaten ausgeführten Arbeiten ist beeindruckend:³⁶

- Anlegung von Wanderwegen (inkl. 120 Ruhebänke) und eines 3,5 km langen Rodelweges mit 600 Treppenstufen,
- Neubau der Müllnertal-Brücke am Eingang der Wörgler Schlucht,
- Erschließung der bis dahin unzugänglichen Aubachklamm mit Sprengarbeiten und zahlreichen Brücken,
- Neubau einer Skisprungschanze und eines Waschhauses,
- Umgestaltung der Bahnhofstraße,
- Errichtung der Straßenbeleuchtung.

Das Freigeldexperiment von Wörgl fand schnell Nachahmung: Bereits fünf Monate nach seinem Beginn wurden im Januar 1933 in der 3.000 Einwohner zählenden Nachbargemeinde Kirchbichl Arbeitsbestätigungsscheine in Umlauf gesetzt. Nach dem Wörgler Vorbild erfolgte ihre Ausgabe auf dem Wege der Auszahlung von Löhnen an Arbeiter, die die Gemeinde für den Bau eines kommunalen Schwimmbades eingestellt hatte. Bald darauf beschlossen die Tiroler Gemeinden Hopfengarten, Brixen und Westendorf mit insgesamt 16.000 Einwohnern die Ausgabe von Arbeitsbestätigungsscheinen. Der US-Ökonom Irving Fisher schickte seinen Mitarbeiter Hermann Scheibler nach Tirol zum „neuen Mekka der Volkswirtschaftslehre“, und auch der französische Ministerpräsident Édouard Daladier stattete dem Dorf einen Besuch ab, um das „Wunder von Wörgl“ mit eigenen Augen zu begutachten (Wendel 1994: 53).

Im Juni 1933 sprach Unterguggenberger in Wien vor einer Versammlung von 170 österreichischen Bürgermeistern. Bald danach wollten 200 Gemeinden in ganz Österreich das System übernehmen, darunter die Stadt Linz.

³⁶ Vgl. Stadt Wörgl: <http://root.riskommunal.net/gemeinde/woergl/gemeindeamt/html/bauprogramm.htm> (04.10.2002).

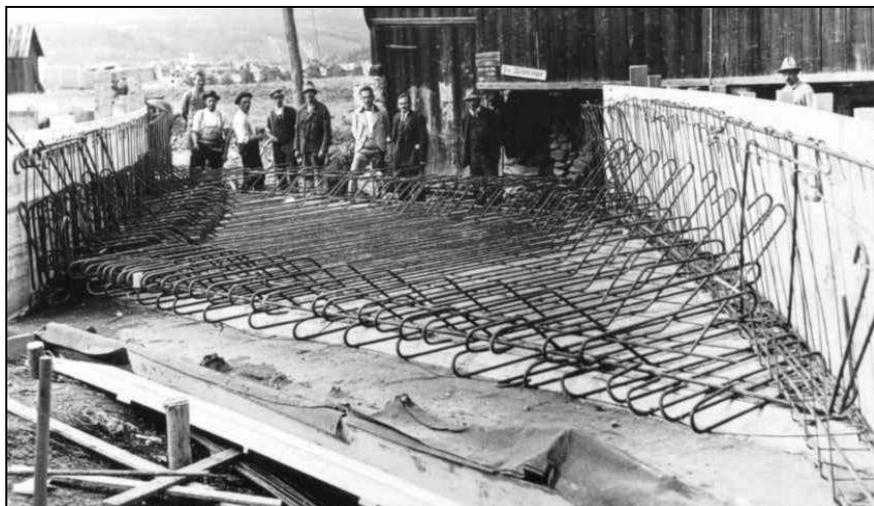


Abb. 12: Brückenbau in Wörgl³⁷

³⁷ Entnommen Stadt Wörgl: http://root.riskommunal.net/gemeinde/woergl/gemeindeamt/html/images/f88_gr.jpg (02.10.2002) und Lietaer 1999: 269.

5.2.3 Verbot und Beendigung des Experiments

Am 23. Juli 1932, also schon eine Woche vor der Ausgabe der ersten Arbeitsbestätigungsscheine, war die Nationalbank über die Vorbereitungen zum Wörgler Nothilfe-Programm informiert worden und teilte ihrer Zweigstelle in Innsbruck unter Berufung auf ihr Banknotenprivileg mit, „daß wegen Abstellung dieses Unfugs im Wege der Regierung Veranlassung getroffen worden ist“ (Onken 1997: 37). Dem anschließenden zähen Rechtsstreit unterliegt die Gemeinde letztendlich: Michael Unterguggenberger war drei Mal nach Wien gefahren, um die Wörgler Selbsthilfeaktion zu verteidigen. Schließlich nützte auch eine Intervention Unterguggenbergers beim Bundeskanzler nichts: Am 15. September 1933 mußten die Arbeitswertscheine eingezogen werden. In Wörgl kehrte man zum alten Währungssystem zurück. Schon bald lag die Arbeitslosenquote wieder bei 30 %.³⁸

5.2.4 Fakten und Zahlen zum Experiment von Wörgl

Der Versuch von Wörgl ist das einzige Freigeldexperiment, das zumindest in Ansätzen von seinen Initiatoren dokumentiert wurde. Leider gingen die Haushaltsabrechnungen der Gemeinde von 1933 im Zweiten Weltkrieg verloren. Damit stehen die Zahlen des Jahres nicht mehr zur Verfügung, in das der größte Teil des Versuchszeitraumes fiel (8,5 Monate). Thomas Wendel trug 1994 die verfügbaren Fakten und Zahlen aus Primärquellen und Sekundärliteratur zusammen und überprüfte sie hinsichtlich Konsistenz und Plausibilität. Einige Angaben aus der freiwirtschaftlichen Literatur mußte er drastisch nach unten korrigieren. Trotzdem hatte der Schwundnotenumlauf deutliche Effekte. Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Umfang: Das Experiment dauerte vom 31.7.1932 bis zum 15.09.1933. Im Durchschnitt waren 5.500 Schilling der Stempelwährung im Umlauf.
- Notenmenge: Im Mittel entfielen auf jeden Einwohner Wörgls während des Experiments Arbeitsbestätigungen im Wert von 1,3 Schilling. Während der gleichen Zeit hatte die österreichische Notenbank eine Geldmenge (M1)³⁹ von durchschnittlich 159 Schilling pro Einwohner ausgegeben.

³⁸ Lietaer 1999: 271. Im Jahr 2000 veröffentlichte Wendel – als Ergebnis eines Recherche-stipendiums – eine außerordentlich lebendige Schilderung von dem Geschehen in Wörgl (<http://www.ruhrgas.de/Kontext/script4/script4-5.htm> 22.11.2002)

³⁹ M1 umfaßt die Bargeldmenge und die täglich fälligen Einlagen.

- Umlaufgeschwindigkeit: Die jährliche Umlaufgeschwindigkeit⁴⁰ des Schillings betrug während des Versuchszeitraumes in Österreich 8,58; die des Schwundgeldes lag je nach Interpretation der Primärdaten im Bereich von 48 bis 73.
- Wirtschaftliche Wirkung: Der Schwundgeldumlauf ermöglichte zusätzliche Investitionen von mindestens 150.000 Schilling und vermittelte eine Leistung von 267.000 Schilling (was heute etwa 4,6 Millionen Schilling oder 460.000 Euro entspricht). Der Umlauf der Wörgler Arbeitsbestätigungen hat zu einer örtlichen Sozialprodukterhöhung von knapp 5 % geführt.
- Beschäftigungseffekt: Während in Österreich die Arbeitslosenquote von 21,7 % (Jahresdurchschnitt 1932) auf 26,0 % (Jahresdurchschnitt 1933) stieg, senkte Wörgl die Zahl der Arbeitslosen von ca. 400 (August 1932) um 80 bis 100 (August 1933).
- Akzeptanz: Die Akzeptanz der Arbeitsbestätigungen als Zahlungsmittel war hoch.⁴¹ Auf seine Eignung zu Vermögensbildung konnte das Schwundgeld unter den Bedingungen des Experiments nicht getestet werden.

Darüber hinaus wurde die monatliche Schwundgebühr für eine Suppenküche verwendet, die 220 Familien ernährte (Wendel 1994: 37 ff.).

5.2.5 Grenzen des Experiments

Die Wirkung der Schwundnoten ist unbestreitbar. Bestätigte Wörgl damit die Theorie der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“? Es gibt drei Gründe, diese Frage mit „Nein“ zu beantworten:

1. Die Wörgler Noten waren, anders als Gesell vorsah, kein alleiniges Zahlungsmittel. Zudem war ihr Umlauf räumlich stark eingegrenzt.
2. Die Arbeitsbestätigungen waren keine am Preisstand orientierte Indexwährung. Der Einfluß der Gemeinde auf die Güterpreise war äußerst gering.
3. Das Wörgler Experiment hat zu keiner eigenständigen Kreditökonomie der Schwundnoten geführt.

⁴⁰ Umlaufgeschwindigkeit bezeichnet die Häufigkeit, mit der eine Geldmenge pro Jahr umgeschlagen wird (also den Besitzer wechselt).

⁴¹ Ein plastisches Bild von der Aufnahme des Schwundgeldes gibt eine 1933 in Wörgl durchgeführte und in Anhang wiedergegebene Umfrage.

Lediglich die Wirkungen eines mit Gebühren belasteten, umlaufgesicherten Zahlungsmittels konnte praktisch erprobt werden. Umstritten ist, inwieweit der hohe Stand an Steuerrückständen und Abgabenschulden der Bürger bei der Gemeinde zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beigetragen hat. Einerseits war auf Grund dieser Außenstände die Gemeinde bevorzugter Zahlungsempfänger, andererseits verzeichnete die Gemeinde zwischen 1932 und 1933 einen Forderungsanstieg von ca. 60.000 Schilling.⁴²

5.3 Amerikanische Depressionswährungen

Dem amerikanischen Geldtheoretiker Irving Fisher berichtete der junge jüdische Emigrant Hans Cohn – später Mitarbeiter Fishers – von dem Experiment in Wörgl. Fisher verstand die innere Logik dieses Therapieansatzes und schickte Hermann Scheibler nach Tirol. Danach veröffentlichte er mehrere Artikel über Wörgl in den USA. Fisher riet den Gemeinden, ihre eigenen Währungssysteme zu gründen und wurde daraufhin mit so vielen Anfragen überhäuft, daß er 1933 eine kleine Monographie veröffentlichte, um der Nachfrage Herr zu werden: „Stamp Scrip“. Er empfahl die Sicherung des Geldumlaufs als eine „Maßnahme, die ... dazu angetan ist, uns bei richtiger Anwendung in wenigen Wochen aus der Depression herauszuhelfen.“⁴³ Rund 100 US-Kommunen beschlossen bis März 1933 die Schwundnoten-Ausgabe (Wendel 1994: 53), darunter Großstädte wie St. Paul/Minnesota (250.000 Ew.) und Reading/Pennsylvania (100.000 Ew.). Lietaer erwähnt sogar einen „mehrere tausend Beispiele für diese lokalen Währungen“ umfassenden Katalog.⁴⁴

Doch das von Fisher propagierte Schwundgeld unterschied sich in einem Punkt ganz wesentlich von dem Freigeld in den Gemeinden Schwanenkirchen und Wörgl: Das amerikanische Markennotgeld sollte jede Woche mit Marken im Wert von 2 % des Nennwerts der betreffenden Scheine beklebt werden (Fisher 1933: 86). Die Aufbewahrung eines Betrags von beispielsweise 100 Dollar für

⁴² Wendel führt den Forderungsanstieg auf die erhöhten Gewerbesteuerbeiträge zurück (Wendel 1994: 57).

⁴³ Fisher, Irving: Booms and Depressions. London 1933. zitiert in Onken 1997: 41.

⁴⁴ Lietaer 1999: 273. Godschalk empfiehlt Skepsis gegenüber diesen hohen Angaben (Godschalk 2000: 57).

die Dauer eines halben Jahres wurde also mit einer Gebühr in der absurden Höhe von 52 Dollar bestraft. Damit wurde bei der Festlegung der Strafgebühr das von Gesell empfohlene Maß weit überschritten, und es konnten keine Notgeldinseln mit stetigen lokalen Wirtschaftskreisläufen entstehen. Die Städte und Gemeinden erhielten durch den Verkauf der Klebmarken vielmehr eine zusätzliche Quelle von Geldeinnahmen. Das war jedoch nicht Gesells Intention gewesen.

Auf Grund der fehlerhaften Handhabung des Markennotgeldes konnten die betreffenden amerikanischen Städte und Gemeinden keine Erfolge erzielen, die denen von Schwanenkirchen oder Wörgl vergleichbar gewesen wären. So verlor der Gedanke an derartige wirtschaftliche Selbsthilfeaktionen seine Anziehungskraft. Die Zeit für sie war endgültig vorbei, als es Roosevelt gelang, im Rahmen des New Deal mit umfangreichen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft einen spürbaren Konjunkturaufschwung einzuleiten.

5.4 Versuche in der Schweiz und in Frankreich

Abgesehen von der im Abschnitt 5.1 genannten, bereits 1929 initiierten privaten Wära-Aktion gab es in der Schweiz während des Jahres 1932 Bestrebungen, dem Beispiel von Wörgl zu folgen und Freigeldexperimente auf kommunaler Ebene durchzuführen. Die Stadt Biel, die Ortschaft Brienz und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern hatten die Absicht, sich mit einem umlaufgesicherten Geld aus der Krise herauszuhelfen. Da aber die Wära in Deutschland bereits verboten und auch das Experiment von Wörgl ständig vom Verbot bedroht war, mußte damit gerechnet werden, daß derartige Selbsthilfeaktionen auch in der Schweiz verboten würden. Um einem späteren Verbot zuvorzukommen, bemühten sich die Stadtverwaltung von Biel, die Gemeindeverwaltung von Brienz und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern darum, die Vorbereitungen ihrer Selbsthilfeaktionen in Abstimmung mit den offiziellen Währungsbehörden zu treffen. In dieser Absicht machten sie in den Monaten November und Dezember 1932 Eingaben an die Schweizerische Nationalbank sowie an das eidgenössische Finanzdepartement.

Aus der Antwort des Finanzdepartements ließ sich zunächst eine vorsichtig formulierte Bereitschaft zur Kooperation entnehmen: „Nach einer vorläufigen Rücksprache mit dem Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank wäre es nicht ausgeschlossen, daß sich unser Noteninstitut bereit erklärte, unter bestimmten Bedingungen einen Versuch mit dem geplanten Gelde zu gestatten.“⁴⁵ Nachdem sie von der österreichischen Nationalbank Erkundigungen über Wörgl eingezogen hatte, revidierte die Schweizerische Nationalbank jedoch ihre Einstellung zur Durchführung von Freigeldexperimenten in der Schweiz. Ein nochmaliges Gesuch aus Biel, Brienz und Luzern wies sie nunmehr ab und erinnerte mit einem kurzen Hinweis daran, daß die Mißachtung ihres Banknotenprivilegs mit Geldbußen nicht unter 5.000 Franken oder Gefängnis bestraft würde. Damit war das Schicksal des Wära-Interessenverbandes und der kommunalen Freigeldexperimente in der Schweiz besiegelt; die Vorbereitungen für die Ausgabe von Ersatzzahlungsmitteln wurden eingestellt (Onken 1997: 39). Kurz darauf verhinderte die Schweizerischen Bundesanwaltschaft eine für Anfang September 1933 geplante Vortragsreise des Wörgler Bürgermeisters Unterguggenberger durch die Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau, indem sie ihm die Einreise in die Schweiz untersagte (Schwarz 1951: 79).

In Frankreich berichtete die Pariser Zeitschrift „Illustration“ im September 1933 ausführlich über das Experiment von Wörgl. Daraufhin veröffentlichte die Zeitschrift „L'action Nouvelle“ eine Artikelserie über die Wörgler Nothilfe-Aktion und befürwortete ein praktisches Experiment mit einem umlaufgesicherten Geld auch in Frankreich (Onken 1997: 40). Noch im gleichen Jahr wurde in Paris eine private Tauschgesellschaft „Mutuelle nationale d' échange“ gegründet. Ihren Statuten zufolge hatte diese Tauschgesellschaft den Zweck, den Geschäftsverkehr innerhalb ihrer Mitgliederschaft mit Hilfe eines eigenen Zahlungsmittels zu erleichtern. Es trug die Bezeichnung „Valor“; die einzelnen Scheine mußten ebenso wie die Wära- und Arbeitsbestätigungsscheine in jedem Monat mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden. Mit der Ausgabe der Valor-Scheine wurde im ersten Quartal 1934 begonnen.

⁴⁵ Zitiert in Onken 1997: 38.



Abb. 13: Valor-Schein 1934 (entnommen Creutz, Suhr, Onken 1986: 77)

Die Initiative wurde am 31. Juli 1935 vom Minister des Inneren verboten. Auf seine Anordnung wurden mehrere Mitglieder der Tauschgesellschaft vom Direktor der Staatspolizei in Nizza vorgeladen und erhielten die Aufforderung, sämtliche Aktionen einzustellen und die Valor-Scheine aus dem Verkehr zu ziehen (Onken 1997: 40).

5.5 Nachzügler der 50er Jahre⁴⁶

Unter veränderten äußeren Gegebenheiten – ohne deflationäres Umfeld – tauchte der Plan einer Freigeldaktion zur Gesundung einer lokalen Wirtschaft nochmals während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in Frankreich auf.

Die französische Gemeinde Lignières-en-Berry liegt im Département Cher. Ihre Einwohnerzahl sank durch Landflucht innerhalb einer Generation um die Hälfte auf rund 1.700; große Strukturprobleme waren die Folge. Um die örtliche Wirtschaft zu fördern, wurde auf Initiative des Bürgermeisters Tournadre im Frühjahr 1956 eine „Vereinigung der Geschäftsleute und Handwerker von Lignières-en-Berry“ gegründet. Diese Vereinigung gab kostenlose Kaufgutscheine an die Kunden der Mitgliedsunternehmen aus. Finanziert wurden sie aus den Beiträgen, die die Vereinigung von ihren Mitgliedern einnahm. Diese Gutscheine waren an den Franc gekoppelt und erhielten den Namen „Bon d'Achat“.

⁴⁶ Soweit nicht anders erwähnt stammen alle Angaben dieses Abschnittes aus Onken 1997, S. 43 ff.



Abb. 14: Bon d'Achat 1956 (entnommen Creutz, Suhr, Onken 1986: 62)

Da die Kunden diese Gutscheine jedoch meist aufbewahrten und keine Käufe damit tätigten, war die Aktion anfangs nicht erfolgreich. Das Blatt wendete sich erst, als M. Soriano aus Monte Carlo (der bereits in den dreißiger Jahren an der „Mutuelle national d'echange“ beteiligt war) durch die Presse von ihr erfuhr und sich mit den Initiatoren in Verbindung setzte. Daraufhin wurde eine Regelung getroffen, nach der die Bons d'Achat am 10. eines jeden Monats mit Marken im Wert von 1 % ihres Nennwerts beklebt werden mußten. Wer sie also vor diesen Stichtagen für den Kauf von Gütern verwendete, konnte zu seinem eigenen Vorteil den Erwerb der Marken umgehen.

Im April 1957 wurde das Reglement der Aktion nochmals verändert, um sie attraktiver zu machen: Lohnempfänger, die bereit waren, ihren in französischen Francs erhaltenen Lohn in Bons d'Achat umzutauschen und diese als Zahlungsmittel zu verwenden, erhielten beim Umtausch eine Prämie in Höhe von 5 % ihres Lohns. Die Prämien finanzierte die Vereinigung mit den Erlösen aus dem Verkauf der Marken. Diese „salaires + 5 % Aktion“ erregte in Frankreich erhebliches Aufsehen. Sie löste auch in anderen Städten und Gemeinden die Absicht aus, diesem Beispiel zu folgen. Im April 1958 – also zwei Jahre nach dem Beginn des Experiments von Lignières-en-Berry – wurde auch in der Kleinstadt Marans eine „Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans“ gegründet. Die Stadt liegt nördlich von Bordeaux und hatte damals rund 3.500 Einwohner. Über 80 der 120 örtlichen Geschäfts-

leute waren bereits Mitglied in der Vereinigung geworden, als sie im August 1958 die ersten Bons d'Achat herausgab. Aus der „salaires + 5 % Aktion“ von Lignieres-en-Berry wurde in Marans eine „salaires + 10 % Aktion“.

Die Satzung der „Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans“ stimmte weitgehend mit derjenigen von Lignieres-en-Berry überein. Nur in einem – allerdings ganz entscheidenden – Punkt wich sie von ihr ab. Und zwar unterschied die Vereinigung in Marans zwei Klassen von Mitgliedern. Zur einen Klasse gehörten die Kaufleute und Handwerker; sie mußten beim Eintritt in die Vereinigung eine einmalige Aufnahmegebühr und einen Jahresbeitrag zahlen und waren außerdem verpflichtet, die in ihren Händen befindlichen Bons d'Achat am 10. jeden Monats mit einer 1%-Marke zu bekleben. Zur zweiten Klasse gehörten die Landwirte, Arbeiter, Angestellten, Rentner und Sozialhilfeempfänger. Sie brauchten weder eine Aufnahmegebühr noch den Jahresbeitrag zu zahlen und konnten außerdem ihre Bons d'Achat an den jeweiligen Stichtagen kostenlos bei der Vereinigung abstempeln lassen.

Damit war der Mißerfolg des Experiments von Marans vorgezeichnet. Der Umlaufantrieb der Bons d'Achat war nicht ausreichend. Die Kaufleute und Handwerker gingen bald dazu über, die Annahme der Bons d'Achat als Zahlungsmittel zu verweigern und ihre Waren nur noch gegen französische Francs abzugeben. Nach einem Jahr stellte die Vereinigung in Marans ihre Tätigkeit wieder ein.

Unterdessen war die Selbsthilfeaktion in Lignières-en-Berry noch im Gange. Aber nachdem sich hier zwischenzeitlich bereits Angehörige von Justiz und Polizei aufgehalten hatten, erließ General de Gaulle eine Rechtsverordnung, welche die Ausgabe und Benutzung von Zahlungsmitteln, die den französischen Franc ergänzen oder ersetzen sollten, mit Gefängnisstrafen von ein bis fünf Jahren bzw. mit Geldstrafen in Höhe von 200.000 bis 20 Millionen Francs bedrohte. Daraufhin zog die Vereinigung von Lignières-en-Berry ihr Freigeld Ende 1959 ein.

5.6 „Versunkene“ Experimente

Vieles spricht dafür, daß ein beträchtlicher Teil der frühen Freigeldexperimente in Vergessenheit geraten ist. Onken (1997) weiß von Versuchen im tschechischen Neudeck bei Karlsbad (ca. 1932), in Monte Carlo (am 27. August 1935 verboten), in Puerto de la Selva (Spanien) und Porto Alegre (Brasilien 1958–1960), kann aber keine detaillierten Angaben machen.

Freigeld findet sich auch in den Kuriositätenkabinetten der Papiergeldsammler; doch die Erfahrungen der tragenden Vereinigungen sind nirgends fixiert.



Abb. 15: Warengutschein des Deutschen Wirtschafts-Bundes Bad Sachsa (Portrait: Silvio Gesell)⁴⁷

⁴⁷ Entnommen der Sammlung Oliver Sens: <http://privat.schlund.de/p/papermoney/pm3/tauscher> (10.10.2002)

Abb. 16: Tauschzettel des Allgemeinen Deutschen Tauschverbandes Gera⁴⁸

Sowohl der „Deutsche Wirtschaftsbund“ als auch der „Allgemeine Deutsche Tauschverband“ sind von der freiwirtschaftlichen Literatur nicht erfaßt, und eine Rekonstruktion ihrer Geschichte und der gemachten Erfahrungen ist wohl kaum mehr möglich. Wären diese „versunkenen“ Experimente von durchschlagendem Erfolg gewesen, hätte sich sicher das Wissen darum bewahrt.

⁴⁸ Hier wird die Umlaufsicherung nicht über gebührenpflichtiges Markenkleben oder Stempelungen realisiert, sondern über eine periodische Abwertung – bei dem abgebildeten Eine-Mark-Tauscher um einen Pfennig pro Woche. Sein Wert reduzierte sich so in 21 Wochen von 1,10 Mark (30. Juli 1931) auf 0,90 Mark (30.12.1931). Fisher verwarf diese Realisierung der Umlaufsicherung als nicht praktikabel: Jede Transaktion sei mit komplizierten Rechnungen verbunden, eine Buchhaltung ist mit diesem Geld praktisch unmöglich (Fisher 1933: 44). Bild entnommen der Sammlung Oliver Sens: <http://privat.schlund.de/p/papermoney/pm3/tauscher> (10.10.2002).

6 Freigeldexperimente in der Gegenwart

Von den französischen Nachzüglern abgesehen, flaute das Interesse am Freigeld nach dem Zweiten Weltkrieg schnell ab. In den westlichen Ländern hatten die Notenbanken die Lektionen der 20er und 30er Jahre gelernt, und das verheißungsvolle Wirtschaftswachstum entzog jeder Systemkritik die Basis. Die sozialistischen Länder hatten eigene Probleme. Trotzdem verschwand die Zinskritik in beiden Wirtschaftssystemen nie gänzlich. Aber erst mit der „Theoriekrise in der Entwicklungshilfe“ (Boeckh 1994: 115) Mitte der 80er Jahre wurde freiwirtschaftliches Gedankengut wieder aktuell. Dazu trugen vor allem zwei Umstände bei: Zum einen wurde offensichtlich, daß eine wesentliche Ursache für die chronische wirtschaftliche Schwäche der Entwicklungsländer ihre immense Schuldenlast war. 1989 konstatierte Kennedy:

„Wir erhalten jeden Tag 200 Millionen Dollar an Zinszahlungen aus den Ländern der Dritten Welt; diese Menge ist doppelt so groß wie die Entwicklungshilfe, die wir ihnen gewähren, wovon ein Drittel lediglich zur Deckung der Zinsen früherer Kredite gewährt wird. Das, was Wohlfahrtsorganisationen jedes Jahr mit viel Aufwand bei uns zusammenbetteln, reicht der Dritten Welt gerade, um den Zinsverpflichtungen für dreieinhalb Tage nachzukommen.“ (Kennedy 1994: 74)⁴⁹

Zum anderen wurde neben der Diagnose dieses makroökonomischen Handikaps nach alternativen Formen zu einer Entwicklungshilfe gesucht, die bis dahin so enttäuschend wenig Erfolg gezeigt hatte. Das Etablieren von umlaufgesicherten Komplementärwährungen nach dem Vorbild von Wörgl schien eine Möglichkeit zu sein, einzelne Regionen wirtschaftlich zu entkoppeln, arbeitsteilige Prozesse zu forcieren und so in der Folge Armut zu lindern, ohne neue finanzielle Abhängigkeiten entstehen zu lassen.

6.1 Guatemala: Cabricán⁵⁰

Die „Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung Deutschland“ (INWO) verfolgte in den 90er Jahren zwei Freigeldprojekte: eines in Rumänien und ein zweites in Guatemala. In Rumänien sollten in einer Gemeinde Siebenbürgens Dienstleistungen und Infrastrukturarbeiten über Gutscheine koordiniert werden.

⁴⁹ Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ macht ähnliche Angaben (Deutscher Bundestag 2002: 55).

⁵⁰ Soweit nicht anders erwähnt stammen alle Angaben dieses Abschnitts aus Wendel 1994: 65 ff.

Dieses Vorhaben ist jedoch nach anfänglichem Interesse frühzeitig an der mangelnden Kooperation der Zielgruppe gescheitert. Das Projekt in Guatemala ist dagegen deutlich weiter vorangetrieben worden und soll im folgenden ausführlicher dargestellt werden.

6.1.1 Rahmenbedingungen

Auf Anregung von Klaus Popp erarbeitete eine siebenköpfige deutsche Projektgruppe 1993 den Plan für ein freiwirtschaftlich orientiertes Zahlungsmittelsystem in der Region um Cabricán im Hochland von Guatemala.

Cabricán liegt weitgehend abgeschieden in einer Höhe von 2.600 Metern im Departementos Quetzaltenango und zählt rund 18.000 Einwohner. Sie verteilen sich über eine Fläche von rund 65 km² auf elf Teilortschaften, die bis zu 15 km vom Gemeindezentrum entfernt liegen. 92 % der Bewohner sind Indigenás der Maya-Volks- und Sprachgruppe Mám. 90 % der Einwohner gelten als Analphabeten. Zum Zeitpunkt der Projektentwicklung gab es dort keine befestigte Straße, keine Telefonverbindung, und vier der elf Ortschaften besaßen keinen Stromanschluß. Ein Großteil der Bevölkerung lebt von der Subsistenzlandwirtschaft. Die durchschnittliche Ackerfläche beträgt pro Haushalt 0,8 Hektar; im Schnitt gehören acht Personen zu einem Haushalt.

Der wichtigste Wirtschaftsfaktor Cabricáns ist eine 1961 gegründete Kooperative, die mit ihren 105 indianischen Gesellschaftern die wirtschaftliche Existenz von rund 800 Gemeindegewohnern sichert. Sie verarbeitet Dolomitkalk aus einer nahegelegenen Mine. Er wird gemahlen und als Düngemittel an die benachbarten Kaffeefincas verkauft. Die „Cooperativa Santago Cabricán R. L.“ wurde seit 1989 von dem deutschen Entwicklungshelfer Fridolin Birk bei verschiedenen Strukturänderungen beraten (unterstützt von der Diözese Rottenburg-Stuttgart).

Das Konzept des Experiments von Cabricán beruhte auf einer zentralen Hypothese: Trotz einer Inflationsrate von 12,8 % (1993) fehlt in der ländlichen Region das Geld. Die „Quetzales“ stehen kaum für den lokalen Gütertausch zur Verfügung, das Geld fließt immer in die Städte ab.⁵¹ Das durchschnittliche

⁵¹ Ausführlich begründet wird diese These in dem freiwirtschaftlich orientierten Ansatz zur Entwicklungshilfe von Estermann, Hämmerli, Jehle 1993: 54 ff.

Kreditzinsniveau von 25,9 % (1993) erlaubt nur hoch subventionierten Unternehmen, Investitionen zu tätigen.

6.1.2 Zielsetzung und Gestaltung

Die Ziele des Konzeptes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Steigerung der Arbeitsteilung durch lokal begrenzte, geldvermittelte Leistungserbringung,
- hohe Umlaufgeschwindigkeit, um Anreize zu bilden, neue Erwerbstätigkeiten aufzunehmen,
- Infrastrukturverbesserungen (Straßen, Bewässerungsanlagen),
- regionale Unabhängigkeit, Abkopplung von den wirtschaftspolitischen Interessen und Entscheidungen in der Hauptstadt,
- Etablieren eines Krankenversicherungssystems,
- Gewährung zinsloser Kredite an örtliche Gewerbetreibende.

Nicht zuletzt sollte der Versuch von Cabricán auch zeigen, ob sich das unter Deflationsbedingungen in Wörgl getestete Krisenbewältigungskonzept zur Entwicklungshilfe einsetzen läßt.

Am Beginn des Versuches sollte eine 20%ige Lohnerhöhung der Kooperative stehen, die in den neuen „Bonusscheinen“ ausgezahlt wird. Diese Bonusscheine sollten folgende Merkmale aufweisen:

- 100%ige Deckung aller umlaufenden Scheine in Landeswährung,
- 2 % monatliche Umlaufsicherungsgebühr,
- 3 % Rücktauschgebühr.

Ein Teil des Projektteams setzte sich dafür ein, daß die Hälfte der Lohnerhöhung als Beitrag für die zu gründende Krankenversicherung verwendet wird.

Auffällig ist das hohe Niveau der Gebührensätze. Der jährliche Nominalverlust ist mit 24 % doppelt so hoch wie beim Wörgler Vorbild und fast fünfmal höher als von Gesell vorgeschlagen. Nur diese erhöhten Sätze verhindern nach Ansicht der Projektgruppe einen spekulativen Mißbrauch der Bonusscheine als Wert-

aufbewahrungsmittel. Der nominelle Wertverlust sei so hoch bemessen, damit er die Inflationsrate des Quetzal übersteige. Hierbei handelte es sich jedoch um einen Denkfehler. Das Bonussystem ist nicht an eine wertstabile Auslandswährung gebunden, die gegenüber dem Quetzal an Wert gewinnen könnte. Nur in einer solchen Konstellation wäre eine Umlaufsicherungsgebühr über der nationalen Inflationsrate sinnvoll. Mit der beabsichtigten 1:1-Anbindung an den inflationierten Quetzal würden die Bonusscheine bei einer Inflationsrate von 12,8 % (1993) jährlich 33,7 % ihres realen Wertes einbüßen. Die Bonusscheine wären mit einem solchen realen Wertverlust so unattraktiv, daß sie wahrscheinlich trotz Rücktauschgebühr schnell in die Quetzales-Deckung eingewechselt würden.

6.1.3 Vergleich mit Wörgl

Das Bonusscheinkonzept von Cabricán unterschied sich in drei Einzelheiten von seinem Wörgler Vorbild:

- Anders als in Wörgl ging es in Cabricán bei der Einführung einer Komplementärwährung nicht um den Abbau einer deflationsbedingten Angebotsstaus. Vielmehr sollte das Bonusscheinsystem eine wachsende regionale Verflechtung örtlicher Gütermärkte unterstützen und die Versorgung mit einem billigen Tauschmittel sicherstellen. Die wachsende Monetarisierung bisheriger Naturaltauschvorgänge sollte Arbeitsteilungs- und Spezialisierungseffekte in der örtlichen Wirtschaft unterstützen.
- Das Bonussystem für Cabricán ging konzeptionell über den Versuch von Wörgl hinaus: Nach dem Test umlaufesicherter Noten sollte eine eigenständige Kreditökonomie etabliert werden.
- Anders als in Wörgl ging die Initiative zu dem Experiment nicht von Einheimischen, sondern von einer deutschen Projektgruppe aus. Da das Experiment aber von der ansässigen Bevölkerung hätte verantwortet werden müssen, war die Akzeptanz dafür von Anfang an fraglich.

Wendel sah vor allem zwei Probleme, die ein Scheitern des Systems wahrscheinlich machten: Die hohe und stark schwankende Inflationsrate der guatemaltekischen Währung erlaube praktisch keine bedarfsgerechte Steuerung des Bonussystems. Das System würde daher nur funktionieren, solange es von außen subventioniert wird. Zum anderen war das Experiment nach dem geltenden guatemaltekischen Notenbankgesetz illegal. Eine juristische Absicherung der Aktion war praktisch nicht zu realisieren.

6.1.4 Abbruch der Vorbereitungen

Der Abbruch der Vorbereitungen hatte jedoch andere Ursachen. Die Beendigung des Quotensystems auf dem internationalen Kaffeemarkt im Jahr 1989 ließ den Kaffeepreis bis 1993 auf ein Rekordtief fallen (Deutscher Kaffee-Verband 2002: 27). Viele Haziendabesitzer legten ihre Kaffeepflanzungen still und in der Folge verfiel auch der Preis des Düngemittels Kalk.

Die vom deutschen Entwicklungshelfer initiierten Strukturveränderungen in der Kalk-Kooperative, die zu einer Umsatzsteigerung führen und die Bonusscheine finanzieren sollten, hatten unter diesen Umständen keinen Erfolg.⁵² Statt dessen kam die Kooperative in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die von allen Medien abgeschnittenen Companieros führten jedoch den Umsatzeinbruch auf die Aktivitäten des Entwicklungshelfers zurück und brachen den Kontakt zu ihm ab.⁵³ Zu einer Ausgabe der Bonusscheine ist es nicht mehr gekommen.

6.2 Nigeria

Die „Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung Österreich“ verfolgte seit 1991 ein Freigeldprojekt in Ikot-Ekpene, Südost-Nigeria, einer Stadt mit ca. 40.000 Einwohnern. Der dortige Träger sollte sich aus Mitgliedern der folgenden Institutionen zusammensetzen:

- eine lokale Bank, um für die diversen Vorgänge das Know-how zu liefern,
- die lokale Kirche, die dort höchste Autorität genießt,
- das Hifaboard (verantwortlicher Vertreter von INWO Österreich in Nigeria)
- und Vertreter des Staates.

Dieses Gremium sollte sicherstellen, daß die Ausgabe der Bonusscheine den vorgesehenen Vereinbarungen entspricht. Aber die Initiatoren in Österreich mußten zur Kenntnis nehmen, daß von keiner Seite die Idee wirklich begriffen wurde. Vielmehr gelangten sie auf Grund der langen Diskussionen zu dem Eindruck, daß die Beteiligten hier eher eine Möglichkeit sahen, die eigene

⁵² Beispielsweise hatte Birk durchgesetzt, daß die Verkäufer der Kooperative statt mit Festgehalt nun auf Provisionsbasis arbeiteten.

⁵³ Telefonische Informationen von Klaus Popp, Geschäftsführer der INWO Deutschland e.V., am 04.09.2002

Gruppe in den Vordergrund zu schieben. Das Projekt wird derzeit nicht mehr aktiv verfolgt, wurde aber auch noch nicht endgültig abgebrochen.⁵⁴

6.3 Indien

Das Freigeldprojekt in Indien hat ebenfalls wesentliche Impulse aus dem deutschsprachigen Raum erhalten, wenngleich der Gedanke an Entwicklungshilfe hier keine Rolle spielt.

Auroville wurde 1968 im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu als internationales Stadt- und Gemeinschaftsexperiment ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, durch das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen aller Nationen ein urbanes Modell menschlicher Einheit und gelebter Völkerverständigung zu schaffen. Eine Synthese aus westlichem Entwicklungsdenken und östlicher Spiritualität soll die Verwirklichung interkultureller, architektonischer, ökologischer, technologischer und sozialer Alternativen ermöglichen.

In Auroville leben gegenwärtig etwa 1.500 Menschen aus mehr als 40 Nationen; zum nahen Verflechtungsraum gehören ca. 50 Dörfer mit insgesamt 40.000 Einwohnern, von denen rund 5.000 in Auroville arbeiten. Die Gemeinschaft finanziert sich durch Spenden von Privatleuten, aus Geldern der EU, der UNESCO, des indischen Staates und durch die Produktion von Räucherstäbchen. Dem Leben setzten zahlreiche, meist ungeschriebene Regeln einen Rahmen. Zu ihnen gehören:

- häufige Yoga- und Meditationsübungen,
- kein dauerhafter Familienverband (es gibt viele Kinder und keine Nachnamen, viele sind miteinander verwandt),
- keine Schule (das Leben selbst ist Schule),
- kein Alkohol,
- keine Polizei (vom indischen Staat zugestanden; auf dem einzigen Verkehrsschild steht: „Drive friendly“).

Alle Regeln sind lediglich Empfehlungen, nie orthodoxe Gebote. Die Regel, die am wenigsten in Frage gestellt wird, ist die garantierte Individualität der Auro-

⁵⁴ Informationen aus E-Mail von Adolf Paster, stellv. Vorsitzender der INWO Österreich, Präsident der NGO Hifa-Austria, am 27.08.2002.

villianer. Auch einen Geldaustausch sollte es ursprünglich innerhalb von Auroville nicht geben. Aber hier hat sich weitgehend Pragmatismus durchgesetzt, obwohl einige Leute nach wie vor mit Tauschen zurechtkommen. Diese essen nur, was sie ernten, und tragen nur, was in Auroville hergestellt wurde. Andere benutzten Geld nur so selten wie möglich, beispielsweise während des Urlaubs in Europa. Für die meisten jedoch ist das ursprüngliche Ideal vom geldfreien Auroville immer schwieriger zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund stellte die deutsche Professorin Margrit Kennedy während eines New-Economics-Seminars in Auroville im Februar 2001 ihre Vision einer umlaufgesicherten Alternativwährung vor.⁵⁵ In der Folge begann eine Initiativgruppe mit den Vorbereitungen für die Einführung der eigenen Währung namens „Free-Flow“ mit der Einheit „Aurose“ (1 Aurose = 1 Rupie). Geplant waren per Internet zugängliche Verrechnungskonten, die den Leistungsaustausch innerhalb der Gemeinschaft erfassen und dynamisieren sollten. Im Herbst 2001 lagen bereits detaillierte Vorschläge zur Preisbildung der internen Dienstleistungen und Erzeugnisse und über die Software zur Kontenführung vor.

Als diese Vorschläge Ende 2001 in Auroville breitere Kreise zogen, wurden Gegenstimmen laut. Man sah den Grundsatz der Gemeinschaft, daß alle Einwohner unabhängig von ihrem Beitrag unterhalten werden, gefährdet. Der vorgeschlagene Kompromiß, daß nur Free-Flow-Befürworter an diesem Experiment teilnehmen, war nicht konsensfähig (Auroville 2001: 3). Der Vorbereitungsgruppe wurde bewußt, daß die Einführung einer alternativen Währung in Auroville ein langwieriger Prozeß ist. Sie arbeitet gegenwärtig an einer Freigeldform, die ohne ethische Bedenken von der gesamten Auroville-Gemeinschaft getragen werden kann. Eventuell sollen auch die Arbeitnehmer der umliegenden Dörfer mit einbezogen werden (Olivier 2002: 2 ff.).

6.4 Deutschland: Bremer Roland

Das einzige Freigeldexperiment, das in den letzten Jahrzehnten über die Planungsphase hinauskam und bis zur Notenausgabe gediehen ist, läuft gegenwärtig in Norddeutschland. Ein siebenköpfiger Trägerverein um Dietlind Rinke und Manfred Steinbach begann im Oktober 2001 in Bremen und Umgebung mit

⁵⁵ Auroville Economy Seminar 2001: Money Rules the World. Who Rules Money? (http://www.auroville.org/economy/economy_seminar.htm 17.10.2002).

der Ausgabe von ca. 400 „Roland“-Scheinen. Diese Scheine hatten einen Ausgabewert von 5 Euro; monatlich fällt der Wert um 5 Cent. Zum Jahresende 2002 war ein Roland nur noch 4,45 Euro wert, und die Scheine wurden gegen eine entsprechend geringere Anzahl neuer Scheine – wieder zum Start-Nennwert von 5 Euro – umgetauscht.⁵⁶



Abb. 17: Bremer Roland

Der Kreis der Teilnehmer hat sich entgegen den Erwartungen des Trägervereins seit dem Beginn des Experiments nicht wesentlich erweitert. Derzeit sind ca. 30 Privatpersonen und 25 Händler an der Aktion beteiligt. Endstation des Notenumlaufs ist zumeist der beteiligte Naturkost-Großhandel. Die dort einlaufenden Scheine werden vom Trägerverein gebührenfrei in Euro zurückgetauscht und

⁵⁶ Daß Fisher diese Art der Umlaufsicherung bereits 1933 als zu rechenintensiv verworfen hatte (vgl. Fußnote zum „Allgemeinen Deutschen Tauschverband“ Abschnitt 5.6), entkräften die Initiatoren mit einem Verweis auf die allenthalben verfügbaren Taschenrechner. Wo der Schwund letztendlich bleibt – es gibt keine Einnahmen durch Markenverkauf o. ä. – wird nicht erklärt.

erneut ausgegeben.⁵⁷ Ein in sich geschlossener Notenkreislauf ist bisher nicht zustande gekommen. Weitere Teilnehmer zu gewinnen gestaltet sich schwieriger als erwartet: Es sei nicht leicht, Leute „davon begeistern, ein Geld zu benutzen, das weniger wert wird“ (Wolschner 2002). In der freiwirtschaftlichen Literatur geht man allgemein davon aus, daß die „kritische Masse“ für Komplementärwährungen bei ca. 2.000 Teilnehmern liegt. Erst dann können sich stabile, in sich geschlossenen Kreisläufe etablieren. Mit 30 Mitgliedern ist der Bremer Roland weit von diesem Ziel entfernt. So ist es auf Grund der Akzeptanzprobleme wohl wahrscheinlich, daß der Trägerverein schließlich die Roland-Ausgabe wieder einstellen wird.

7 Freiwirtschaftliche Geldexperimente – Gründe für ihr Scheitern

Sieht man einmal von diesem neuen, sehr kleinen Versuch in Bremen ab, wurden bisher alle Versuche mit umlaufgesicherten Komplementärwährungen wieder abgebrochen. Technische und politische Gründe waren dafür verantwortlich.

7.1 Technische Gründe

Technische Gründe für ein Scheitern freiwirtschaftlicher Geldexperimente sind zumeist auf wenig durchdachte Variationen des Wörgler Modells zurückzuführen. Beispiele dafür gaben Anfang 1933 die Versuche mit dem US-amerikanischen Markengeld. Die von Fisher propagierten Schwundnoten hatten einen wöchentlichen Wertverlust von 2 %. Pro Jahr betrug der Wertverlust 104 % – Gesell hatte 5,2 % vorgeschlagen, in Wörgl waren es 12 %. Die Folgen einer solchen Schwundbelastung waren absehbar: Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit mußte jeder Notenhalter versuchen, das ihm gewissermaßen unter den Fingern zerrinnende Geld gegen US-Dollars einzuwechseln. Was von Gesell als ein Anreiz zur Weitergabe gedacht war, wurde im Fisher-Modell zur Steuereinnahmequelle ausgebaut.

In den Vereinigten Staaten variierte man das Schwundgeldkonzept noch auf eine zweite, noch unglücklichere Weise: Insgesamt 15 kleine Gemeinden machten sich nach einer Radiosendung der „National Broadcasting Corporation“ (NBC)

⁵⁷ Brief von Dietlind Rinke vom 29.10.2002.

mit Hans Cöhrssen ohne theoretische Unterweisung an die Herausgabe eigener stamp scrips. Diese Experimente scheiterten allesamt: Zwar achteten die Herausgeber auf den Vorschlag einer 2%igen Gebühr, sie wurden jedoch nicht auf einen Monat bezogen, sondern auf jeden Handwechsel. Damit wurde aus der Umlaufsicherungs- eine Umlaufverhinderungsgebühr. Im ungünstigsten Fall ließen sich die Stamp-scrip-Halter vom Tausch abhalten, im günstigsten trafen sie untereinander die Vereinbarung, den Schein nicht zu bekleben (Fisher 1933: 30 ff.).

Ebenso aus technischen Gründen scheiterte 1959 der Versuch im südwestfranzösischen Ort Marans. Die Träger der Experiments schufen mit den besten Absichten zwei Klassen von Geldhaltern: Kaufleute mußte für die Teilnahme am umsatzsteigernden Komplementärwährungsumlauf Mitgliedsbeiträge und Umlaufgebühren abführen. Lohnempfänger hingegen konnten die Scheine monatlich kostenlos abstempeln lassen. In der Folge ließen Gewerbetreibende ihre „Bons d’Achat“ teilweise durch Angestellte kostenlos aufwerten. Andere Kaufleute weigerten sich, die Bons anzunehmen. So wurde hier der Gleichheitsgrundsatz der freiwirtschaftlichen Theorie mißachtet. Diese kennt keine Ausnahmeregelungen für einzelne Personengruppen in Sachen Umlaufsicherungsgebühr. Wird dieser Grundsatz mißachtet, dürften sich immer Teilnehmer benachteiligt fühlen und nach Wegen suchen, ihre Beteiligung – und damit das Experiment – zu beenden.

7.2 Juristische Gründe

Das Ende der meisten freiwirtschaftlichen Geldexperimente wurde allerdings nicht durch technische Mängel provoziert. Vielmehr waren juristische Gründe dafür ausschlaggebend. Nicht nur die Freigeldexperimente in Schwanenkirchen und Wörgl wurden verboten; auch die Experimente in Lignières-en-Berry und Marans waren ständig von juristischen Zwangsmaßnahmen bedroht. Die französische Regierung erließ unter dem Staatspräsidenten Charles de Gaulle sogar eigens eine Rechtsverordnung⁵⁸, die auf die lokalen Tauschmittelkreisläufe von Lignières-en-Berry und Marans förmlich zugeschnitten war.

Warum bemühten sich die jeweiligen Notenbanken mit inquisitorischem Ernst und Eifer, selbst kleinste Geldversuche zu unterbinden? Die österreichische

⁵⁸ Rechtsverordnung 58-1298 vom 24.12.1958, zitiert in Wendel 1994: 101.

Nationalbank begründete 1932 ihr Vorgehen gegen die Gemeinde Wörgl mit angeblichen Inflationsgefahren, die das Experiment für die Schilling-Währung berge. Doch das Argument scheint vorgeschoben: Das ausgegebene Notgeld hatte eine hinterlegte Schilling-Deckung, die Geldmenge wurde somit nicht ausgeweitet. Vielmehr dürfte die Angst vor einer mögliche Ausweitung des Experimentierwillens auf andere Orte Österreichs der Hintergrund gewesen sein. Die Notenbank war nicht bereit, Versuchsergebnisse abzuwarten. Sie hatte kein Interesse an einer Prüfung, ob Freigeld Vorteile für die Volkswirtschaft hat. Der Grund für die Durchsetzung des staatlichen Emissionsmonopols war politischer Natur: Notenausgabe und Regulierung der Geldmenge waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts eines der Hauptinstrumente der Regierungspolitik.

7.3 Scheitern am gesellschaftlichen Kontext

Wiederum anders gelagert sind die Ursachen für das Scheitern von Freigeldexperimenten in Entwicklungsländern. Die Initiativen, die sich in den 90er Jahren für Freigeldprojekte in Entwicklungsländern eingesetzt haben, mußten lernen, daß die wirtschaftliche Situation vor Ort und das Ausmaß der Korruption für Europäer schlicht nicht vorstellbar sind. Auch die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Grundwissens bei der Bevölkerung in der Versuchsregion wurde unterschätzt.⁵⁹

In Deutschland dagegen sind diese Probleme nicht dominierend. Trotzdem sieht die Zukunft des Bremer Versuches nicht günstig aus. In einem wirtschaftlich scheinbar stabilen Umfeld wird Schwundgeld überwiegend als unnötig empfunden: Den meisten Menschen ist eine Parallelität verschiedener Währungen lästig, und das Nebeneinander von Gemeinschafts- und offizieller Gesellschaftswährung scheint allgemein nur mit einem ausgesprochenem Krisen- und Übergangsbewußtsein erträglich zu sein. Dieses Krisenbewußtsein mag während der Weltwirtschaftskrise Allgemeingut gewesen sein; im Deutschland der Gegenwart ist es das nicht.

⁵⁹ Informationen aus E-Mail von Adolf Paster, stellv. Vorsitzender der INWO Österreich, am 23.08.2002

8 Zusammenfassung und Ausblick

Die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftslehre führt Ausbeutung, strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse und Krisenerscheinungen in marktwirtschaftlichen Systemen auf kapitalbedingte Wettbewerbsverfälschungen zurück: Geld und Boden eigneten sich wegen ihrer Unentbehrlichkeit im Wirtschaftsprozess zur Erzielung leistungsloser Einkommen (Geldzins, Bodenrente). Marktwirtschaftliche Systeme könnten nur dann krisenfrei funktionieren, wenn der Liquiditätsvorteil des Geldes und die Bodenrente abgeschöpft würden. Dazu müsse das Geld einem unmittelbaren Umlaufzwang unterworfen und das Bodeneigentum sozialisiert werden. Über Pachtverträge sei eine private Nutzung des Bodens sicherzustellen. Zins- und Bodenrenten kämen in dieser „kapitalismusfreien Marktwirtschaft“ der Allgemeinheit zugute; im marktwirtschaftlichen Wettbewerb würde Leistung mehr zählen als Kapital.

Während Gesell seine Reformvorschläge auf die nationalstaatliche Ebene bezog, wurden freiwirtschaftlich orientierte Zahlungsmittelsysteme immer nur im lokalen Rahmen praktisch erprobt. Beim bekanntesten Versuch in der österreichischen Gemeinde Wörgl 1932/33 konnte eine Gesell entlehnte Komplementärwährung 13,5 Monate lang zirkulieren, bis österreichische Notenbank und Bundesregierung ein Ende des Experiments erzwangen. Das Wörgler Schwundgeld war in seinem Wert 1:1 an den parallel umlaufenden Schilling gekoppelt und zur Umlaufsicherung einer monatlichen Gebühr von 1 % unterworfen. Trotz des räumlich eng umgrenzten Versuchsfeldes offenbart die Analyse einen beeindruckenden Erfolg: Das Freigeld lief bis zu achtmal schneller sozialproduktwirksam um als der Schilling. Es vermittelte ein zusätzliches örtliches Sozialprodukt von mindestens 5 %. Illiquide Forderungen der Gemeinde konnten aufgetaut werden. Die einlaufenden Beträge erlaubten die kreditfreie Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen im Wert von 150.000 Schillingen. Dennoch war der Erfolg kein Beweis für die Richtigkeit der freiwirtschaftlichen Theorie. Das Experiment mit den Wörgler Arbeitsbestätigungsscheinen hatte lediglich gezeigt, daß eine umlaufgesicherte Komplementärwährung geeignet ist, deflationär bedingte Angebotsstauungen zu lösen. Nicht erprobt werden konnte hingegen Gesells Freigeld als Spar- und Kreditmittel sowie als indexorientierte Festwährung.

Ähnlich unbefriedigend ist die Bilanz des Wära-Experiments in Schwanenkirchen von 1931. Auch hier verhinderte ein Verbot die weitere Entwicklung.

Durch den Erfolg und den erzwungenen Abbruch sind die Ergebnisse der Experimente mit der Wära und dem Wörgler Schwundgeld für zwei verschiedene Auslegungen offen: Bei einer pessimistischen Beurteilung ließe sich der Vorbehalt vorbringen, daß auf Grund der Begrenztheit der Experimente die Schattenseiten umlaufgesicherter Währungen im Verborgenen geblieben waren. Dagegen ließe sich bei ihrer optimistischen Beurteilung annehmen, daß die Erfolge der Experimente erst ein kleiner Vorgeschmack auf eine stabile Wirtschaft waren, die sich vielleicht durch die Anwendung dieser Theorien im großen Rahmen verwirklichen ließe.

Diese Offenheit der Ergebnisse hat die Anhänger der Freiwirtschaftslehre – vor allem im deutschsprachigen Raum – immer wieder motiviert, ein weiteres Experiment auf den Weg zu bringen, um die Richtigkeit von Gesells Theorie zu überprüfen. Doch eine angemessene Umsetzung ist bis heute nicht zustande gekommen. Mehrere Ansätze in den letzten Jahren mußten in frühen Stadien aufgegeben werden. Ein adäquater Feldversuch steht immer noch aus.

Bei einem befristeten, wissenschaftlich begleiteten Modellversuch sollte das zu testende umlaufgesicherte Geld das allein gültige Zahlungsmittel in der Modellregion sein. Die offizielle Landeswährung hätte dort solange den Status einer fremden Währung, deren Preis sich nach den üblichen Regeln der freien Wechselkursbildung ergibt. Die öffentliche Hand könnte einen bestimmten Geldbetrag gewissermaßen als Versicherungssumme bereitstellen, um die Bewohner dieser Region im Falle eines Scheiterns des Experiments angemessen zu entschädigen oder ihre Bereitwilligkeit im Falle eines Gelingens mit einer Prämie zu belohnen. Ein solches Mittel zum Abbau von Ängsten vor Neuerungen und zur Risikominderung entspräche einer „Wagnisfinanzierung“, die die öffentliche Hand auf technologischem Gebiet schon seit längerer Zeit praktiziert. Erst nach der Auswertung solcher Währungsversuche kann gesagt werden, wie der Mechanismus der Umlaufsicherung tatsächlich wirkt und welche Effekte man auf lokaler und nationaler Ebene erwarten kann. Ohne derartige Tests wird es kaum möglich sein, ein besseres, stabiles Geldsystem zu entwickeln.

Solche Untersuchungen werden eine mögliche Krise des gegenwärtigen Währungssystems nicht verhindern. Aber sie können helfen, vorher tragfähige alternative Modelle zu entwickeln, die dann umgesetzt werden können, wenn eine Krise die dafür notwendigen Mehrheiten schafft. Auf diese Weise könnte dann zügig reagiert und die Schwere der Krise gemildert werden.

Die Zentralbanken und die Menschen, die sich für umlaufgesicherte Komplementärwährungen engagieren, zogen es bisher auf beiden Seiten vor, den anderen – günstigenfalls – zu ignorieren. Die Beschäftigung mit alternativen Zahlungsmitteln lag offensichtlich bisher unter der Würde der Zentralbanken, die Komplementärwährungen nur als Randerscheinungen mit geringem Verbreitungsgrad betrachteten. Die Aktivisten der Freiwirtschaftslehre scheinen sich dagegen der Rolle und der Macht der Zentralbanken gar nicht bewußt zu sein. Ein konstruktiver Dialog zwischen den Zentralbanken und den Vertretern der Freiwirtschaft könnte den Weg für Feldversuche ebnen.

Literaturverzeichnis

- Aristoteles: Nikomachische Ethik. Akademie Verlag, Berlin 1983.
- Auroville Economy Study Group: Report on the Research on „A Complementary Means of Exchange for Auroville“. Auroville 2001.
- BIZ (2002a): 72. Jahresbericht. 1. April 2001 – 31. März 2002. BIZ, Basel 2002 (<http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2002g.pdf> 10.10.2002).
- BIZ (2002b): Triennial Central Bank Survey. Foreign exchange and derivatives market activity in 2001. BIZ, Basel 2002 (<http://www.bis.org/publ/rpx02t.pdf> 12.10.2002).
- Boeckh, Andreas: Entwicklungstheorien. Eine Rückschau. In: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 8, Dietz, Bonn 1994.
- Brodbeck, Karl-Heinz: Geld. In: Aargauer Zeitung vom 25.11.2000, S. 24.
- Brodbeck, Karl-Heinz: Beiträge zu Ethik und Wirtschaft. Eigenverlag, Gröbenzell 2001.
- Brodbeck, Karl-Heinz: James Tobin und die Tobin-Tax. In: Aargauer Zeitung vom 23.03.2002, S. 4.
- Creutz, Helmut: Das Geldsyndrom. Ullstein, München 1997 (<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/pdf/gs.pdf> 03.11.2002).
- Creutz, Helmut; Suhr, Dieter; Onken, Werner: Wachstum bis zur Krise? Basis Verlag, Berlin, 1986.
- Deutscher Bundestag: Schlußbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Bundestagsdrucksache 14/9200. Deutscher Bundestag, Berlin 2002 (<http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf> 17.10.2002).
- Deutscher Kaffee-Verband: Kaffee-Digest 1. Daten und Hintergründe. Hamburg 2002 (<http://www.kaffeeverband.de/pdf/dig1.pdf> 23.10.2002).
- Estermann, Thomas; Hämmerli, Martina; Jehle, Bruno: Alternative Geldmodelle. Zwei Beiträge zur praktischen Umsetzung. INWO Schweiz, Aarau 1993.
- Etymologie der deutschen Sprache. Dudenverlag, Mannheim/Wien/Zürich 1989.
- Fisher, Irving: Stamp Scrip. Adelphi Company, New York 1933.
- Freystedt, Volker (Hrsg.): Für einen neuen Geldpluralismus. Bietet eine Vielfalt von komplementären Währungen einen Ausweg aus der Krise? Symposiumsdokumentation, Steyerberg 2000.
- Geitmann, Roland: Auf Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung programmiert? Probleme um Geld und Zins sowie mögliche Lösungen. Kehler Diskussionspapiere 98-3, FH Kehl 1998.

- Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Unveränderter Nachdruck der 1920 erschienenen 4. Auflage. In: Gesammelte Werke. Band 11. Gauke, Lütjenburg 1991.
- Godschalk, Hugo T. C.: Das Geld der Zukunft. In Freystedt, Volker (Hrsg.): Für einen neuen Geldpluralismus. Bietet eine Vielfalt von komplementären Währungen einen Ausweg aus der Krise? Symposiumsdokumentation, Steyerberg 2000, S. 53–58.
- Issing, Otmar: Der Zins und sein moralischer Schatten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.1993.
- Issing, Otmar: Die Geldmengenstrategie der Deutschen Bundesbank. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 91 (1994).
- Jenner, Gero: Der Mythos vom ökonomischen Gleichgewicht. In Freystedt, Volker (Hrsg.): Für einen neuen Geldpluralismus. Bietet eine Vielfalt von komplementären Währungen einen Ausweg aus der Krise? Symposiumsdokumentation, Steyerberg 2000, S. 65–67.
- Kennedy, Margrit: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. Wilhelm Goldmann Verlag, München 1994.
- Kessler, Wolfgang: Säuft die Weltwirtschaft ab? In: Publik-Forum vom 16.08.2002, S. 8–9.
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Unveränderter Nachdruck der 1936 erschienenen 1. Auflage. Duncker & Humblot, Berlin 2000.
- Knauer, Peter: Arbeitslosigkeit durch einen Systemfehler unseres Geldes? In: Hoffmann, Johannes (Hrsg.): Irrationale Technikadaptation als Herausforderung an Ethik, Recht und Kultur. IKO-Verlag, Frankfurt am Main 1997.
- Korn, Wolfram: Bethel und das Geld. Die ökonomische Entwicklung der Bodelschwinghschen Anstalten Bethel 1867-1998. Bethel-Verlag, Bielefeld 1998.
- Laum, Bernhard: Heiliges Geld. Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes. Mohr, Tübingen 1924.
- Lietaer, Bernard A.: Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen. Riemann Verlag, Mönchengladbach 1999.
- Lietaer, Bernard A.: Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus. Riemann Verlag, Mönchengladbach 2000.
- Muralt, Alex von: Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld. In: Ständisches Leben. 1933, S. 306–314. Nachdruck in Schmitt 1989, S. 275–288.
- Neue Juristische Wochenschrift: Zur rechtlichen Situation von Tauschringen. Heft 13/1997 vom 26.03.1997, S. 825–831.

- Olivier: Synopsis of an Integrative and Unifying Economy. Four complementary possibilities to answer different economic needs. Auroville 2002.
- Onken, Werner: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1997.
- Picht, Georg: Hier und Jetzt. Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima. Bd. 1, Klett-Cotta, Stuttgart 1980.
- Probst Jürgen: Fehlentwicklungen einer Zinswirtschaft. Ein Ausflug durch das Ausgeblendete. Eigenverlag, Hannover 1998.
- Rich, Arthur: Wirtschaftsethik Bd. 1. Grundlagen in theologischer Perspektive. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1991.
- Rich, Arthur: Wirtschaftsethik Bd. 2. Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialemethischer Sicht. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1992.
- Schily, Otto: Flora, Fauna und Finanzen. Über die Wechselbeziehung von Natur und Geld. Fischer, Frankfurt am Main 1996.
- Schmitt, Klaus: Silvio Gesell – „Marx“ der Anarchisten? Karin Kramer Verlag, Berlin 1989.
- Schwarz, Fritz: Das Experiment von Wörgl. Verlags-Genossenschaft Freies Volk, Bern 1951.
- Seneca, Lucius Annaeus: Epistulae morales. Ferdinand Schöningh, Paderborn 1987.
- Senf, Bernd: Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik – Währungssysteme – Wirtschaftskrisen. Gauke, Lütjenburg 1996.
- Spinoza, Baruch de: Ethik. In geometrischer Weise behandelt in fünf Teilen. Reclam, Leipzig 1975.
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Siedler Verlag, Berlin 2002.
- Suhr, Dieter: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsystems. In: Creutz, Helmut; Suhr, Dieter; Onken, Werner: Wachstum bis zur Krise? Basis Verlag, Berlin 1986, S. 41–62.
- Suhr, Dieter: Netzwerk neutrales Geld. Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld. In: Fragen der Freiheit. Heft 228, S. 32 ff., Bad Boll 1994.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Zwischenbericht der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages. Zusammenfassung der Berichte der Arbeitsgruppen. Deutscher Bundestag Berlin 2001 (http://www.bundestag.de/gremien/welt/welt_zwischenbericht/zwb002_zusfass.pdf 27.09.2002).

Wendel, Thomas: Gesellschaftspolitische Bedeutung und technische Funktionsweise umlaufgesicherter Zahlungsmittelsysteme. Die Schwundgeldexperimente von Wörgl 1932 und Cabricán 1994 im Vergleich. Diplomarbeit, FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, 1994.

Wendel, Thomas: Das Wörgler Schwundgeldexperiment 1932–1933. In: Kontext Scripten Nr. 4, Kontext-Verlag, Essen 2000 (<http://www.ruhrgas.de/Kontext/script4/script4-5.htm> 22.11.2002).

WIR-Bank: Geschäftsbericht 2001, Basel 2002.

Wolschner, Klaus: Wochenmarkt statt Weltmarkt. die tageszeitung (taz) Bremen vom 04.04.2002, S. 21.

Anhang:

Umfrage zur Akzeptanz des Wörgler Schwundgeldes

Antworten auf Fragen des Schweizer Stadt- und Kantonsrates Fritz Pfister, abgedruckt in: Geld und Arbeit. Sprengher, Berlin 1933, S. 133 ff.; entnommen Schwarz 1951 S. 54 ff.

„Wir gingen in Wörgl von Haus zu Haus, von Laden zu Laden und stellten den Leuten 12 Fragen.

1. Frage: Bestand nach Ihrer Meinung eine Möglichkeit, anders als durch diese Geldreform aus der schwierigen Lage zu kommen?

Direktor: Die Gemeinde hatte keine andere Möglichkeit, die Krise zu mildern. – Präsident des Gewerbeverbandes: Da die Gemeinde verpfändet hatte, was zu verpfänden war, bestand keine andere Möglichkeit zu helfen. Wenn wir dieses Geld nicht hätten, wäre überhaupt kein Geschäft mehr. – Polizeiinspektor: Das einzige, was der Gemeinde helfen könnte, wäre die Placierung einer Staatsbehörde nach Wörgl. Sonst hat die Gemeinde keine Zukunft. – Pfarrer: Durch die guten Steuereingänge kam wieder Schwung in die Maßnahmen zur Milderung der Krise. Die Gemeinde konnte nichts anderes tun. – Oberlehrer: Die Gemeinde war in einer aussichtslosen Zwangslage. – Spengler: Absolut keine andere Möglichkeit. – Schneider: Nein! – Warenhausbesitzer: Etwas anderes war nicht möglich. – Apotheker: Nein, sonst wären wir nicht auf dieses Mittel verfallen. – Bierdepothalter: Nein, die Gemeinde ist sozusagen über Nacht arbeitslos geworden. Da hat dieses Geld sehr erleichternd gewirkt und Arbeiten ermöglicht, an die man sonst nicht hätte denken können. – Arzt: Eigentlich – nein! Es war eine sehr gute Idee. – Kinobesitzer: Nicht gut!

2. Frage: Was wurde von der Aktion erwartet?

Direktor: Es ist möglich, daß der Gemeinderat von der Aktion mehr erwartete. Aber die Furcht, die durch die ständig wiederholten Verbote ausgelöst wurde, verhinderte einen größeren Erfolg. – Pfarrer: Es ist möglich, daß man einen größeren Erfolg erwartet hat. – Krämer: Die Überwindung der Geldknappheit – und das ist ja auch gelungen.

3. Frage: Wie wurde die Sicherheit dieses Geldes beurteilt?

Präsident des Gewerbeverbandes: Die meisten Leute nahmen das Geld ohne weiteres an. Ich betrachtete es als ganz sicher und würde bedauern, wenn es wieder verschwände. – Polizeiinspektor: Zuerst war ich skeptisch. Bei einem Einbruch hat ein Dieb nur das österreichische Geld mitgenommen, das Wörgler Geld fortgeworfen. Es muß daher ein Fremder gewesen sein, ein Einheimischer hätte es genommen. – Pfarrer: Die Sicherheit des Geldes wurde nicht angezweifelt, weil man wußte, daß die Deckung vollständig klar war. – Schneider: Ich hatte nichts davon gewußt, daß solches Geld herauskommt, ich nahm es aber ohne langes Besinnen an. – Krämer: Ohne Widerstand angesichts des

guten Zwecks. Die monatliche Abgabe und die 2 Prozent Verlust beim Einlösen kommen ja in die Armenkasse. – Schuhmacher: Dadurch hat mancher wieder Geld gehabt und hat etwas machen lassen, was ihm bei der Arbeitslosenunterstützung nicht möglich war. Und am Gelde selbst ist nichts zu verlieren, weil es die Gemeinde einlöst. – Apotheker: Ohne Widerspruch im großen und ganzen. Die Geschäftsleute nahmen es schon aus Konkurrenzgründen an, besonders als einige Plakate heraushängten: „Hier wird Notgeld angenommen“. – Bierdepothalter: Ein Drittel unserer Einnahmen ist Notgeld. Das Geld läuft um. Jedes Geschäft wird ermöglicht, was sonst nicht der Fall war. – Arzt: Es wurde im ganzen gut angenommen. Nur Geschäftsleute, die viel einnehmen, nahmen es nicht gern.

4. Frage: Brauchten Sie das Geld, um Waren zu kaufen oder tauschten Sie es gegen gesetzliches Geld um?

Apotheker: Ich habe pro Monat 100 bis 200 Schilling in Arbeitsscheinen eingenommen. Das Notgeld stört den Betrieb nicht im geringsten. – Kaufmann: Ich habe die Belegung des Geschäftsganges sehr deutlich gespürt und brauchte mehr als die Hälfte der Scheine, um Waren zu kaufen oder andere Auslagen zu decken. – Verwalter: Kommt unsere Fabrik wieder in Betrieb, so würden wir nicht zögern, der Gemeinde die Scheine abzukufen, um die Löhne an die Arbeiter zu bezahlen. – Spengler: Etwas wurde wohl umgetauscht, aber sonst wurden Rechnungen und Steuern bezahlt und Waren gekauft. – Schneider: Ich kaufte Waren und habe selbstverständlich einen Einfluß auf meinen Geschäftsgang gespürt. Durch die ermöglichten Notstandsarbeiten brauchten die Leute Kleider. Sie kamen zu mir, bezahlten mit Notgeld, und so konnte ich wieder Licht, Wasser und Steuern bezahlen. – Warenhausbesitzer: Zum allergrößten Teil wurden sicher Waren gekauft. Das ist der wesentlichste Vorteil! Das Geld bleibt in der Gemeinde, es gibt keine Schiebereien. Der ansässige Kaufmann hat etwas davon. Die 2 Prozent Abzug beim Einlösen der Scheine können wieder eingespart werden, weil das Geld zur Verfügung steht und man damit des Skontos teilhaftig wird. – Arzt: Wenn ich Notgeld habe, gebe ich es meiner Frau, damit sie es dem Bäcker oder Krämer bringt.

5. Frage: Wie wurde das Geld von der Bevölkerung angenommen?

Spengler: Gut. Es fehlt etwas an theoretischem Verständnis. – Warenhausbesitzer: Ohne Bedenken. – Bierdepothalter: Gut, sogar vom Wirt in Kundl. – Kinobesitzer: Ich nehme es gerne. Gegen Ende der Notstandsarbeiten im Januar hatte ich 10 Prozent der Einnahmen Notscheine. Jetzt sind es schon 24 Prozent. Ich hatte bestimmt eine Steigerung meiner Einnahmen nur durch die Notscheine, von Leuten, welche sonst nicht gekommen wären. – Kaufmann: Beim gewöhnlichen Geld kam es oft vor, daß Leute, die über Geld verfügen, um die Schulden zu bezahlen, den Kaufmann warten ließen, nur um von der Sparkasse Zins zu erhalten.

6. Frage: Glauben Sie, daß eine Mehrzirkulation oder eine Ausdehnung des Geldes über die Gemeinde hinaus wünschbar wäre?

Pfarrer: Bei einer Ausdehnung des Gebietes wäre der Erfolg sicher. – Oberlehrer: Vielleicht würden die Verrechnungen Schwierigkeiten geben. – Verwalter: Bei größerem Zirkulationsgebiet wäre ein guter Erfolg zu erzielen. – Direktor: Bei einer Erweiterung des Gebietes wäre ein guter Erfolg zu erwarten. – Präsident des Gewerbeverbandes: Ein guter Erfolg bei Ausdehnung des Gebietes ist zweifellos. – Polizeiinspektor: Eine Erweiterung des Gebietes brächte sicher einen guten Erfolg. – Spengler: Ja, wenn alle mitmachen würden. – Schneider: Unbedingt. – Warenhausbesitzer: Ganz sicher. – Apotheker: Ja. Der Erfolg war schon in kleinem Kreis viel größer als ich ihn mir vorgestellt hatte. Vorher war ich sehr skeptisch und war nachher überrascht, wie trotz schlechten Zeiten nun die Steuern eingingen.

7. Frage: Betrachten Sie die erreichten Resultate als Erfolg?

Kaufmann: Ich halte die Aktion als einen Beweis dafür, daß Freigeld lebensfähig und vorteilhaft ist. – Direktor: Ich betrachte die Aktion als Erfolg. Wenn der Bürgermeister seinen Willen durchsetzen kann, wird er sicher noch viele Arbeiten für die Gemeinde durchführen können. – Präsident des Gewerbeverbandes: Der Erfolg ist unbestreitbar. – Polizeiinspektor: Das ganze bedeutet sicher einen Erfolg. – Spengler: Ganz bestimmt, es war ein überraschender Erfolg. – Warenhausbesitzer: Ja, vor allem auch, weil die Summe, die umläuft, eigentlich recht klein ist und die Gemeinde auch nur etwa 4000 Einwohner zählt. – Apotheker: Gewiß. – Bierdepothalter: Unbedingt. – Arzt: Ja. Die ganze Aktion ist nur zu begrüßen. Ich verstehe nicht, warum der Widerstand der Regierung so groß ist. – Kinobesitzer: Gewiß. Man sieht, daß etwas geschaffen wurde.

8. Frage: Haben Sie Klagen gehört?

Arzt, Kinobesitzer, Kaufmann, Direktor, Pfarrer, Verwalter, Präsident des Gewerbeverbandes, Polizeiinspektor, Schneider, Warenhausbesitzer: Nein. – Direktor, Apotheker und Bierdepothalter: Die Marken sollten besser kleben.

9. Frage: Wurden mit dem Geld in der Gemeinde Waren gekauft, die sonst auswärts gekauft worden waren?

Direktor: Sicher haben Leute mit den Arbeitswertscheinen in der Gemeinde Waren gekauft, die sie sonst auswärts gekauft hätten. – Präsident des Gewerbeverbandes: Man kann nicht feststellen, ob Leute, die sonst Waren von auswärts kauften, mit den Arbeitswertscheinen in Wörgl kauften. – Arzt und Kinobesitzer: Da weiß ich nichts. – Warenhausbesitzer: Bestimmt weiß ich es nicht, auf alle Fälle kann mit dem Geld nur in der Gemeinde gekauft werden. – Apotheker, Bierdepothalter: Das Geld bleibt in der Gemeinde.

10. Frage: Können Sie Verbesserungsvorschläge machen?

Bierdepothalter: Das Papier ist etwas schlecht. – Apotheker: Ich würde vorschlagen, beim Einlösen der Scheine einen Abzug von 5 Prozent, statt wie jetzt einen Abzug von 2 Prozent zu machen. (Alle ändern sind zufrieden.)

11. Frage: Wird der Geschäftsbetrieb durch das Geld mit Marken erschwert?

Kaufmann: Nicht im geringsten. – Geschäftsmann: Meine anfängliche Befürchtung, die Sache werde kompliziert, war grundlos. – Spengler, Schneider, Warenhausbesitzer: Nein, durchaus nicht. Es ist ja Geld eigentlich wie anderes auch. – Apotheker: Der Verkehr vollzieht sich reibungslos. – Arzt und Bierdepothalter: Nein. – Kinobesitzer: Nicht im geringsten. Nur eine Steigerung des Verkehrs war festzustellen.

12. Frage: Wie stellen Sie sich zum Verbot des Wörgler Freigeldes?

Direktor: Wenn der Bürgermeister seinen Willen durchsetzen kann, wird er sicher noch viele Arbeiten für die Gemeinde durchführen können. Statt die Sache zu verbieten, wäre es besser, auf größerem Gebiet weiterzufahren. – Präsident des Gewerbeverbandes: Ich bin ganz entschieden gegen das Verbot. Lieber einsperren lassen als mit der Aktion aufhören. – Pfarrer: Ich bin gegen das Verbot. Mit dem Notgeld könnte die Industrie belebt werden. – Verwalter: Ich bin gegen ein Verbot. – Spengler: Das Verbot wird für uns ein Nachteil sein. Schaden hat bisher niemand gehabt. Bis dahin wurde immer nur geredet; unser Bürgermeister hat nun einmal gehandelt und nicht nur geredet. – Schneider: Ich wünsche die Fortsetzung. Die Sache ist ja so einfach, daß ein kleiner Schüler sie verstehen kann. – Warenhausbesitzer: Da wird wohl nicht viel dagegen zu machen sein. Vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus ist das Notgeld sehr zu begrüßen. – Bierdepothalter: Das Verbot wäre ein großer Nachteil für Wörgl. – Arzt: Das Verbot wäre blödsinnig, weil ja niemand geschädigt wird. – Kinobesitzer: Der Bürgermeister ist ein schlauer Kerl, er läßt sich nicht erwischen. Ich hatte zu Anfang dieses Jahres die Wahl zwischen drei Kinos, in Kundl, in Kirchbichl und hier. Ich wurde gewarnt, hier sei Notgeld. Ich dachte, dann sei hier etwas zu machen und entschloß mich gerade aus diesem Grunde für Wörgl.